

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kakaoindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Billigallee Nr. 12.

Insertionspreis pro dreizehnpaltene Pettizelle 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

## Unser Osterglaube.

Im Herzen Deutschlands, im alten sagenumwobenen Harz, liegen inmitten dunkler Waldungen zwei uralte, stille und geheimnisvolle Seen: der Osterteich und der heilige Teich. Wer auf der Wanderschaft an ihnen vorüberzog oder träumend im weichen Moose der Ufer ruhte, wer sinnend über die dunkle Wasserfläche blickte und dem Rauschen des Laubes der alten Buchen lauschte, dem raunten die Stimmen des Waldes manches uralte Geheimnis ins aufhorchende Ohr. Und er fühlte sich zurückversetzt in die graue Vorzeit. Er sah altgermanische Männer und Frauen nach den stillen Wassern wallen, eine Strohfigur als Symbol des Winters in die düsteren Fluten versenken und der Frühlingsgöttin Ostara ihre Opfer darbringen. Das Schweigen des Waldes wurde unterbrochen von dem frohen Gesang und dem heiteren Spiel der glücklichen Menschen. Unsere Altvordern feierten das Wiedererwachen der Natur aus langem, lebentötendem Winterschlaf, sie feierten ihr Auferstehungsfest, sie feierten Ostern!

Das ist die Bedeutung, in der wir noch heute das Osterfest begehen. Und wenn auch den altheidnischen schönen Gebräuchen und dieser Naturverehrung unserer Vorfahren bei der Ausbreitung des Christentums durch fanatische Mönche mit List und Gewalt ein anderer Sinn zu unterchieben versucht wurde, ganz und restlos ließen sie sich nicht aus dem Herzen des Volkes reißen bis auf den heutigen Tag. Auch heute flammen noch Osterfeuer von den Bergen, auch heute noch zieht man hinaus ins Freie, badet in den ersten wärmenden Strahlen der Sonne sein Herz gesund von den Sorgen des Winters und erfüllt es mit neuer Lust und Hoffnungsfreudigkeit. Aber das ist die Hauptsache: auch heute noch ist uns das Osterfest das Symbol für den ewigen Wechsel der Dinge, für die fortwährende Wiedergeburt des Alten, Vorwärts, Verfallenen in neuer, schönerer, besserer Form, für die tausendfache Neugestaltung und Auferstehung, die dem Untergange folgt.

Aber wir glauben nicht nur an ein Vergehen und Wiederauferstehen von Jahr zu Jahr, sondern von Weltperiode zu Weltperiode, und nicht nur in der Natur, sondern auch in der Gesellschaft, in der menschlichen Gemeinschaft, im Staate. Die ständige Weiter- und Höherentwicklung ist das Ewige, Unveränderliche in diesem Wechsel der Dinge. Und weil dieser Glaube, diese Ueberzeugung durch jedes neue Osterfest immer von neuem gestärkt und gefestigt wird, deshalb erfüllt uns die alljährliche Auferstehungsfeier mit immer neuer Hoffnung und Siegeszuversicht, daß sich unser Gegenwartsstaat trotz des hemmenden Wirkens der Finsternisse unbedingt weiterentwickeln muß immer neuen, besseren Formen zu. Die gegenwärtige menschliche Gesellschaft, die auf der rücksichtslosesten Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, muß sich weiterentwickeln zu einem wahren brüderlichen Zusammenwirken, zu einer edlen harmonischen Gemeinsamkeit. Das Auferstehungsfest zeigt uns durch das Keimen und Blühen und Entwickeln draußen in der Natur, daß unser Glaube, unsere Ueberzeugung nicht auf toten Worten, sondern auf festen, unerschütterlichen Tatsachen beruht.

Und dräut der Winter noch so sehr  
Mit tropigen Gebärden,  
Und streut er Eis und Schnee umher —  
Es muß doch Frühling werden!

Und drängen Rebel noch so dicht  
Sich vor dem Blick der Sonne —  
Sie wecket doch mit ihrem Licht  
Einmal die Welt zur Sonne!

Deshalb lachen wir auch aller Wühlereien und Gemüßversuche der Reaktion, die diesen unabänderlichen Fortschritt aufzuhalten versucht. Wir wissen, daß dieses Unterfangen kindisch, töricht und unsinnig ist. Das Rad der Zeit läßt

## Lenz!

**N**un sprengt der Lenz die starren Wände,  
Nun reißt er seinen Kerker ein;  
Nun wälzen seine starken Hände  
Von Grab und Gruft den schweren Stein.  
Es reckt der Frühling seine Glieder  
Jauchzend in froher Zuversicht,  
Und aus der blauen Höhe wieder  
Grüßt uns das Lied, grüßt uns das Licht.

Schon wähnte Torheit ihn begraben  
Für alle Zeit in Nacht und Not;  
Auf öden Feldern schrien die Raben,  
Als sei die letzte Lerche tot.  
Es ging der große Weltverwüster  
Mit harten Schritten übers Land,  
Die Wolken hingen schwer und düster  
Hinab bis zu der Erde Rand.

Es stand der Wald in starrem Schweigen,  
Schwarz Stamm und Krone, Zweig und Ast,  
Bis sich entlud in tollem Reigen  
Der Wolken weiße flockenlast.  
Der Ost schlug stürmisch an die Scheiben  
Und zitternd bebte unser Haus —  
Wir sahen in das wüste Treiben  
Mit düsterer Ungeduld hinaus.

Wir gingen frierend durch die Gassen,  
Aus dunklen Stuben schrie die Not,  
Und auf dem Pflaster, auf dem nassen,  
Schritt suchend Mann und Weib nach Brot.  
Und ungezählte finstere Blicke,  
Sie sahen auf in stummer Qual  
Nach einer kleinen Wolkenlücke,  
Nach einem warmen Sonnenstrahl ...

Nun aber ist es aufgestiegen:  
Des Frühlings goldnes Wunderlicht;  
Seht, wie in immer neuen Siegen  
Es rot durch Dunst und Nebel bricht.  
Und hört, wie abertausend Zungen  
Es jubelnd singen in die Welt:  
Die Sonne hat den Feind bezwungen  
Und wieder ist das All erhellt.

Und wärmer wieder will uns fließen  
Und schneller durch die Brust das Blut,  
Und neue Lebensströme fließen  
In Herz und Hirn verjüngten Mut.  
Was ist's? Wir wissen's kaum zu sagen,  
Was uns so wunderbar geschah,  
Doch leichter dünken uns die Klagen —  
Das Licht, der Lenz, die Lust ist da!

Die Hoffnung kam! Aus Duft und Blüten  
Blickt uns die Kraft des Werdens an;  
Wo ihre bunten Sterne glühen,  
Zerbrach des Winters starrer Bann.  
Er hält mit seiner Faust, der tollern,  
Das Land tyrannisch eingezwängt,  
Und doch: es wurden harte Schollen  
Spielend von Saat und Keim zersprengt.

Hört ihr die Lerche? Aus den Lüften  
Schwebt perlenthell zu uns ihr Lied.  
Seht ihr den Baum, der aus den Grüften,  
Aus Tod und Moder Nahrung zieht?  
Das ist der Lenz, die Osterweisel!  
Das ist des Frühlings große Kraft,  
Die immerfort, bald laut, bald leise,  
Kuhlos an neuem Leben schafft.

sich nicht zurückziehen. Es rollt über die kleinen Gerne- große, die es trotzdem versuchen, unerbittlich hinweg.

Auch gegenwärtig sucht man wieder dem Fortschritt Dämme entgegenzustellen. Die ganze Meute der Scharfmacher schreit nach der Anebelung der Pioniere des Fortschritts, nach Ausnahmegesetzen gegen die Klassenbewußte Arbeiterschaft. Trotzdem die „Umsturz“prozesse der letzten Zeit, die den Scharfmachern und ihren dienstbeflissenen Handlangern in den bürgerlichen Fraktionen der Parlamente und in der Regierung Waffen in dem Kampf gegen die Arbeiterbewegung liefern sollten, ganz im entgegengesetzten Sinne wirkten und das Scharfmachertum, seine gelben Prätorianergarden und vor allen Dingen die Polizei und die Regierung aufs schwerste kompromittierten, rüft man doch immer weiter zum Kampf. Was kommt es auch diesen brutalen Herrenmenschen darauf an, ob das Recht auf ihrer Seite ist oder ob sie ihre Maßnahmen auch nur mit einem Schein des Rechts zu begründen vermögen. Wo ihnen weder das Recht noch ein Schein des Rechts zur Seite steht, da wird eben mit nackter Gewalt das zu erreichen versucht, was auf legalem Wege nicht erreicht werden konnte.

Die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die freie Jugendbewegung liefern ein Beispiel unter vielen. Seit sich die Arbeiterjugend von den frömmelnden Jünglings- und Jungfrauenvereinen und den hurrapatriotischen Jugendverbänden zu emanzipieren und auf sich selbst zu besinnen begann, haben die herrschenden Klassen und ihre Dienerin, die Regierungsbureaucratie, die eigenen Vereinigungen der Arbeiterjugend mit schlotternder Angst beobachtet und mit allen Gewaltmitteln bekämpft. Eingedenk des Wahlspruchs: Preußen in Deutschland voran und Deutschland in der Welt voran — im Kampfe gegen Fortschritt und Kultur —, hat besonders die preußische Regierung in der Niederzwingung der freien Jugendbewegung bahnbrechend zu wirken versucht. Man begnügte sich nicht mit der Auflösung der freien Jugendorganisationen, sondern man sucht sie auch durch eine behördlich konzessionierte und aus den Steuergroschen des Volkes subventionierte Jugend-„pflege“ zu ersetzen, um die Arbeiterjugend ihren ernstesten und heiligen Bildungsbestrebungen und ihrem Ringen nach klarer Erkenntnis zu entziehen und sie in die Zwangsjacke der „nationalen“ oder frömmelnden Jugendvereine unter päffischer oder bürokratischer Bevormundung zu pressen. Dadurch sucht man den Saß von der Einleitung einer „planmäßigen Ausgestaltung der Jugendfürsorge“ in der Thronrede vom 10. Januar 1911 so schnell als möglich zu verwirklichen.

So eilig hat man es mit der Einlösung eines andern, weit älteren Versprechens, das in feierlicher Stunde vor dem Landtage verkündet wurde, bei weitem nicht. Das Königswort, durch das in der Thronrede vom Oktober 1908 eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlsystems, das sogar von Bismarck als das elendeste aller Wahlsysteme bezeichnet wurde, feierlich gegeben wurde, harret noch immer der Einlösung. Die Massen des Volkes fordern die vollständige politische Gleichberechtigung in Preußen. Aber gerade diese Gleichberechtigung, die den Damm der Reaktion bald durchbrechen und dem Fortschritt eine Gasse bahnen würde, fürchten die reaktionären Gewaltmenschen, und deshalb suchen auch ihre gleichgestimmten stocreaktionären Kommis in der Regierung die Einlösung jenes Königswortes mit allen Kräften zu hintertreiben. Die Rechte des Volkes sollen nicht erweitert, sondern womöglich noch beschnitten werden! Das ist der Grundsatz, der den Volksfeinden aller Arten konsequent als Richtschnur dient.

Hat man doch, um noch ein Beispiel zu nennen, auch in der Reichsversicherungsordnung die Volksrechte zu beschnitten und den Einfluß der Arbeiter, den diese besonders in der Krankenversicherung ausübten, und durch den dieser

# Kollegen! Benutzt allerorten die Zeit unserer jetzigen Lohnbewegungen zu intensivster Agitation!

Versicherungszeitung ungemein gefördert wurde, zu brechen versucht. Ob der Streik gegen die Selbstverwaltung in den Krankenkassen und für die möglichst vollständige Ausschaltung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter in den andern Versicherungszweigen gelingen wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls zeigen aber schon die in dieser Richtung laufenden Bemühungen, wessen sich das Volk und wessen sich hauptsächlich die Arbeiterklasse versehen kann.

Aber wenn die Herrschenden glauben, durch diese Kleinlichen Versuche zur Entrechtung und Rechtsloshaltung des Proletariats in seinem Vorwärtsdrängen aufhalten zu können, wenn sie meinen, gegen den kulturellen Fortschritt einen Damm aufgerichtet zu haben, dann haben sie sich schwer getäuscht. Das fortschrittliche Volk ist mit der Weib-eigenschaft, mit dem Absolutismus, mit dem berückichtigten Sozialistengesetz fertig geworden, seine Widersacher sind in allen Entwicklungsperioden der menschlichen Gesellschaft vom ewig vorwärtsrollenden Rade der Zeit zur Seite geschleudert oder zermalmt worden — es wird auch mit neuen reaktionären Hemmungsbemühungen und ihren Vätern fertig werden. Auch über sie wird der Fortschritt triumphieren. Das Osterfest lehrt es uns: Es muß doch Frühling werden! Und wie in der Natur der Frühling dem Winter folgt, so muß auch der Winter, der sich periodisch über die menschliche Gesellschaft breitet, unbedingt durch einen neuen Frühling, durch einen Völkerfrühling im wahrsten Sinne des Wortes abgelöst werden.

Aber auch im Winter ruht ja das Vorwärtsdrängen, die Weiter- und Höherentwicklung nicht! Unter der Schneedecke keimen die Körner, deren Halme im Frühling der Sonne entgegenstreben, deren Blüten im Sommer reifen und deren Früchte wir im Herbst ernten. Jedes Samenkorn ersticht uns vielfach wieder! Und ebenso entwickelt sich unter der Schneedecke des Winters der Reaktion ein geheimnisvolles Leben, ein schaffendes Werden, ein Sprossen und Keimen, das sich zur Höhe, zum Lichte drängt, sobald seine Zeit gekommen ist. Es wird vielleicht nicht mehr lange dauern, bis auch auf den gegenwärtigen Winter deutlicher, besonders preußischer Reaktion der befreiende Frühling folgt.

Die Idee läßt sich eben nicht ertöten. Sie kann eine Zeitlang im stillen wirken, aber nur, um zur rechten Zeit sieghaft hervorzubrechen. Das lehrt uns sogar die christliche Osterfeier! Der große Nazarener starb unter den Händen seiner Peiniger. Dem martirischen Kreuzestod auf Golgatha erlag der Träger der Idee des Fortschritts, der Höherentwicklung des Menschengeschlechts. Die Idee selbst konnte aber nicht ertötet werden. Sie feierte sieghafte Auferstehung, wie sie nach jedem neuen Unterdrückungs- und Ausrottungsversuche, nach jeder Periode geheimnisvollen, stillen Wirkens immer wieder sieghafte, alles bezwingende Auferstehung feiern wird. Das ist unser Osterbekenntnis, das uns mit Hoffnungsfreudigkeit und mit fröhlicher Siegeszuversicht erfüllen wird jetzt und immerdar.

## Zur Arbeitslage.

Die Erleichterung des gewerblichen Arbeitsmarktes hat in der letzten Zeit weitere Fortschritte gemacht. Diese sind allerdings nicht so groß wie im Monat Januar, sie zeigen jedoch, daß sich die Kurve des wirtschaftlichen Anstieges nicht hemmen läßt. Zu der für diese Jahreszeit günstigen Lage hat viel das milde Wetter beigetragen, das eine lebhaftere Entfaltung der Bautätigkeit gestattete und auch auf eine Reihe anderer Industrien von günstigem Einfluß war. Zu nennen sind hier das Schiffahrtsgewerbe, Steinfabrikation, Zementwerke und die Holzstoffindustrie. Für einige Gewerbe ist auch Hochsaison, wie für die Herrenkonfektion, das Wäschegeschäft, für die Strohhutfabriken, die Schürzen- und Unterrockkonfektion usw. Gut beschäftigt sind auch die Buchbindereien, Buchdruckereien, die chemische Industrie und die elektrische Industrie. Nach den Berichten des Reichsarbeitsblattes wird auch die Lage in der Metallindustrie durchweg als günstig bezeichnet. Dagegen war nach derselben Quelle der Beschäftigungsgrad nicht besonders gut in der Textilindustrie, im Kohlenbergbau, in der Leder- und Ledermarenindustrie, der Zigarrenfabrikation und der Spiritusindustrie.

Nach den Berichten der Krankenkassen an das Reichsarbeitsblatt ergab sich am 1. März d. J. gegenüber dem 1. Februar eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder, abzüglich der erwerbsunfähig krank Gemeldeten, um 66 853 Mitglieder. Die Ziffern der Arbeitsnachweise ergaben dagegen eine scheinbare Verschlechterung. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im Februar 1911 auf je 100 offene Stelle bei den männlichen Personen 210, bei den weiblichen 81 Arbeitsgelegenheiten gegen 196 und 90 im Januar 1911 und 229 und 90 im Februar 1910. Gegen den Parallelmonat des Vorjahres beträgt die Erleichterung allerdings 19 pSt., gegen den Vormonat bedeuten die Zahlen aber eine Verschlechterung um 14 pSt.

Bei den Bäckern und Konditoren hat sich die Arbeitslage gegenüber dem Vormonat gebessert. Es wurden im Monat Februar bei den berichtenden Arbeitsnachweisen für Bäcker und Konditoren 8590 Arbeitsuchende, 5569 offene Stellen und 5342 Vermittlungen gebucht. Auf je 100 offene Stellen kamen 154 Arbeitsuchende gegen 171 im Februar 1910 und 173 im Januar 1911. Das ist eine Besserung gegenüber dem Vormonat um 19 und gegenüber dem Parallelmonat des Vorjahres um 17 pSt. Zum Teil hängt die günstige Geschäftslage mit dem kommenden Osterfest zusammen, das auf die Zudermarenindustrie einen belebenden Einfluß ausübt; auch die Kaffee-, Wiskuit- und Waffelfabriken waren normal und besser als im Vormonat beschäftigt.

Die Arbeitslage in den einzelnen Landesgebieten wird durch folgende Zahlen charakterisiert:

Staat, Landesteil oder Stadt	Zahl der			Auf jede offene Stelle entfallende Arbeitsuchende	
	Arbeitsuchenden	offenen Stellen	besetzten Stellen	im Berichtsmonat	im Vormonat
Provinz Ost- und Westpreußen	125	78	72	1,71	2,06
Stadt Berlin u. Provinz Brandenburg	2848	2290	2275	1,24	1,48
Provinz Pommern	182	46	46	8,30	2,88
Posen	66	41	41	1,61	1,10
Schlesien	269	198	195	1,46	1,53
Sachsen	146	105	98	1,39	2,00
Schlesw.-Holst.	77	23	22	8,34	2,95
Hannover	149	85	83	1,75	1,88
Westfalen	855	109	95	3,25	3,10
Hessen-Nassau	287	96	91	2,47	2,21
Rheinland	288	75	62	8,17	4,82
Königreich Bayern	884	457	428	0,84	1,30
Sachsen	860	622	600	1,38	1,63
Württemberg	328	252	181	1,80	1,63
Großherzogtum Baden	706	209	194	3,37	4,11
Hessen	29	6	2	4,83	7,00
Anderer l. Bundesstaaten	15	2	—	7,50	2,83
Hamburg	1224	760	753	1,61	1,78
Elb-Lothringen	362	120	106	3,01	3,50

Wenn auch die Ziffern infolge des Umstandes, daß nicht alle Arbeitslosen und Unternehmer die Arbeitsnachweise benutzen, den Umfang der Arbeitslosigkeit nicht voll nachweisen, sind doch Schlüsse aus den Zahlen auf die allgemeine Lage zulässig.

In zwölf Gebieten hat sich gegenüber dem Vormonat das Angebot von Arbeitskräften verringert, in sieben Gebieten fand ein erhöhter Zubrang von Arbeitsuchenden statt. Ein starker Rückgang trat vornehmlich ein in Berlin, den Provinzen Sachsen und Rheinland, in den Königreichen Sachsen, Bayern und Württemberg, in Baden und Hessen, sowie in Elb-Lothringen. Ein erhöhter Zubrang von Arbeitsuchenden ist für die Provinzen Pommern und Posen eingetreten.

## Schwindelkassen-Praktiken.

Mer Voraussicht nach steht auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung eine gewisse Umwandlung bevor, die auch an den Schwindelkassen nicht spurlos vorübergehen wird. Es scheint nun, daß gegenwärtig schon die Verhältnisse für diese Art Kassen durch die Einwirkung der öffentlichen Meinung, und zum geringen Teil auch durch die behördliche Aufsicht, sich so zugespitzt haben, daß sie sich nur noch mit den verzweifeltsten Mitteln zu behaupten vermögen. Was darin neuerdings von den verschiedensten Privatkrankenkassen, Versicherungsvereinen und -anstalten geleistet wird, spottet jeder Beschreibung. Für die mit diesen Unternehmungen befaßmäßig in Verbindung stehenden Gewerkschaftsmitglieder, die Vertrauensleute und nicht zuletzt für die in den Gewerkschaftsbureaus und Arbeitersekretariaten Tätigen ist vor Zeit zu Zeit eine orientierende Zusammenstellung notwendig, zumal diese Art Kassen erfahrungsgemäß weite Gebiete zu beglücken suchen und am Sitz ihrer Verwaltung die wenigsten Mitglieder zählen.

Im Vorjahre hat eine Anzahl dieser Kassen den Versuch unternommen, durch einen Schutzverband sich gegenseitig zu helfen, wie Seite 109 des vorigen Jahrgangs des „Correspondenzblatt“ von mir näher dargelegt wurde. Der Schutzverband ist seitdem verfallen; die Kasse „Fortuna“ in München, die im Vorjahre den Vorsitzenden des Schutzverbandes stellte, existiert nach einem sehr unruhigen Ende auch nicht mehr, und der letzte Vorsitzende des Schutzverbandes, Buchdruckereibesitzer Eisenhardt in Cassel, konnte ihn auch nicht mehr retten; er hatte genügend mit der von ihm geleiteten und gegründeten Kasse „Germania“ zu tun. Diese hatte nicht nur eine innere Krise zu bestehen, die zum Austritt einer Anzahl der durch das Treiben angeviderten Vorstandsmitglieder führte, sondern der Polizeipräsident von Cassel warnte auch nachdrücklichst vor ihr, weil zwischen Einnahmen und Ausgaben, speziell den für Verwaltungskosten, ein gar zu großes Mißverhältnis obwaltete, jede finanzielle Sicherheit für die Ansprüche der Versicherten fehlte. Und beim Erscheinen dieser Zeilen wird wohl das Schicksal der Kasse schon entschieden sein.

Der Krankenunterstützungskasse in Cassel und der Münchner „Fortuna“ folgte zunächst die „Allgemeine deutsche

Kranken- und Begräbnisversicherungsanstalt“ in Eisenach, die am 28. Januar 1910 vom Bezirksausschuß geschlossen wurde. Der dadurch um seine Existenz gekommene Direktor Jäger übernahm schnell eine Bezirksdirektorstelle bei der ihm gesinnungsverwandten „Allgemeinen Krankenversicherungsanstalt zu Chemnitz“ und berief zum 11. März 1910 nach Eisenach eine Generalversammlung der Mitglieder seiner geschlossenen Kasse ein, in der der Uebertritt der nicht mehr existierenden Kasse in die gleichartige in Chemnitz „beschlossen“ wurde. Wie viele Mitglieder diesen Beschluß faßten, ist nicht bekannt geworden. Die Chemnitzer Kasse erließ die notwendigen Ausschreiben, um die verwaisten Mitglieder, soweit sie noch nicht genug gebrannt waren, zu sich herüberzuführen in eine, wie es so schön hieß, „finanziell sicher dastehende Kasse“. — Oeffentliche und private Warnungen wurden sofort beim Bekanntwerden dieses einseitigen Uebertritts erlassen, die ihren Zweck wohl auch nicht verfehlten und deren Notwendigkeit und Berechtigung nach einigen Wochen dadurch erhärtet wurde, daß die Chemnitzer Kasse am 9. Juli 1910 ihre Auflösung beschließen und Unterkunft bei der „Bayerischen Versicherungsanstalt, G. S. in München“ suchen mußte. Warum der Anschluß gesucht wurde, bedarf keiner weiteren Ausführungen; was es aber mit ihrer eigenen und der Sicherheit der Bayerischen Versicherungsanstalt und namentlich mit der zu Klammernzwecken verbreiteten Behauptung, daß die vereinigten Kassen über einen Vermögensbestand von annähernd M. 200 000 verfügten, für eine Bemandsnis hatte, ergab eine Auskunft der Münchner Polizei, nach der bei der „hobentänbigen“ Münchner Kasse ein Garantiefonds von M. 100 000 nicht vorhanden sei. Die Mitglieder der Allgemeinen Krankenversicherungsanstalt Chemnitz, denen von ihrer Kasse beim Uebertritt in die Münchner ausdrücklich alle Rechte garantiert worden waren, wurden noch besonders dadurch geprellt, daß sie nur dann Aufnahme fanden, wenn sie den Bedingungen des Statuts der Bayerischen Versicherungsanstalt entsprachen, die sich eine Ausnahme in jedem einzelnen Fall vorbehält und von einer genauen Prüfung abhängig machte. Diesen Tatbestand gab die Münchner Polizeibehörde Mitte Dezember 1910 bekannt und verwies noch ausdrücklich auf den Umstand, daß der Verfasser des mit dem Uebernahmevertrag nicht übereinstimmenden Rundschreibens, der frühere Direktor Bauer, jetzt in Chemnitz Filialdirektor der Münchner Kasse sei. — Schwindel überall.

Ein ähnliches Unternehmen ist die „Süddeutsche Versicherungsanstalt in Straßburg“, die, erst in Straßburg gegründet, vorübergehend in Karlsruhe ihren Sitz hatte, neuerdings aber wieder von Straßburg aus ihre „volksbeglückende“ Tätigkeit ausübt. Sie hatte, nach einer Warnung des Bezirksamtes Karlsruhe, nur ein ganz unbedeutendes Reinerlögen, an Mitgliederbeiträgen einen Rückstand von M. 9500, die zum größten Teil uneinbringlich waren. Der Summe der eingegangenen Mitgliederbeiträge stand ein Verwaltungsaufwand in etwa gleicher Höhe gegenüber. Von einer hohen finanziellen Sicherheit könne also keine Rede sein. — Anfang Januar 1911 erging nun noch von Bochum aus eine Warnung vor zwei unreellen Hilfskassen, und zwar vor der „Rheinisch-Märkischen Krankenunterstützungskasse in Bochum“, die laut einer behördlichen Revision 82 pSt. der Einnahmen für Verwaltungszwecke ausgab, und vor der „Deutschen Krankenunterstützungskasse in Werne“ bei Langendreer, die sogar 94,40 pSt. der Gesamteinnahme für Verwaltung verausgabte.

Wie die ungeheuren Verwaltungskosten entstehen können, zeigte uns eine Auseinandersetzung einiger Agenten solcher Kassen mit diesen selbst. Danach zahlt die Kranken-, Sterbe- und Unfallversicherungsanstalt „Rheinland“ in Landsweiler-Neuen ihren Bezirksdirektoren folgende Beiträge:

1. Die Aufnahmegebühr für jedes neue Mitglied M. 2;
2. den ersten Monatsbeitrag jedes neuen Mitgliedes;
3. 12 pSt. Inzassoprovision vom zweiten Monat ab;
4. eine Abholgebühr von 10 S pro Monat und Mitglied;
5. M. 6 Bureaufschuß für je 50 zahlende Mitglieder;
6. M. 20 Fahrlosteresatz für je 40 Neuaufnahmen pro Monat;
7. 50 S für jede „übertwiesene“ Krankenkontrolle.

Die Allgemeine deutsche Krankenkasse in Stuttgart, mit der wir uns noch etwas beschäftigen müssen, zahlt ihren Agenten folgendes:

1. M. 2 Aufnahmegebühr;
2. 50 pSt. Erwerbsprovision vom ersten Monatsbeitrag;
3. 50 S Einschreibgebühr;
4. 12 pSt. Inzassoprovision vom zweiten Monat ab;
5. 10 S Abholgebühr pro Monatsbeitrag;
6. 50 S für jede Krankenkontrolle;
7. M. 1 für Meldung einer Uebertretung der Statuten im Krankheitsfall.

Hier handelt es sich um Kassen, die schon einige Zeit existieren; was mögen erst ganz neue aufwenden, um erst Agenten für den Mitgliederfang zu werben!

Verfolgt man die Ausbreitung der Kassen genauer, dann läßt sich geradezu von einer epidemieartigen Entwicklung sprechen; ein Schulbeispiel dafür ist Stuttgart. Hier gab es bis 1908 wohl Agenturen verschiedener, heute längst vergebener Krankenkassen, aber keine am Orte domicilierende Kasse. Ein Agent der schon erwähnten deutschen Krankenunterstützungskasse in Cassel hatte bei dieser Tätigkeit soviel gelernt, daß er mit einigen gleichgesinnten Seelen, um dem dringenden Bedürfnis — in ihrem Geldbeutel zu genügen, eine neue Kasse, die Württembergische Privatkrankenkasse, gründete, die wohl im ganzen, entsprechend der hier strengeren Aufsicht etwas reeller als ihre Mutter, sonst aber eine getreue Kopie derselben war. Ein Vertreter der Württembergischen Privatkrankenkasse,

# Kollegen! Richtet Euer Augenmerk besonders auf die jungen Kollegen, die jetzt die Lehre verlassen!

namens Stein, empfand auch das erwähnte dringende Bedürfnis und gründete die Allgemeine deutsche Krankenkasse Stuttgart. Ein späterer Agent der Casseler Unterstützungsgasse, namens Söhner, machte die Reichskrankenkasse Stuttgart und rief, als diese nicht florierte, in Heidelberg die „Kranken-Versicherungsanstalt“ ins Leben, die sich aber nach kurzer Existenz in zwei Unternehmen gleichen Namens, eine in Heidelberg und die andere in Sinsheim, teilte. Ausgeleitete Agenten gründeten in Stuttgart weiter noch den „Deutschen Krankenversicherungsverein“ und in den letzten Monaten des Jahres 1910 die „Stuttgarter Kranken- und Sterbeversicherungsanstalt“. Erstere geht neue Bahnen. Bisher war man es gewohnt, daß minderwertige Zeitungen und Zeitschriften für ihre Abonnenten eine Versicherungseinrichtung trafen; Beispiele anzuführen, ist unnötig, da solche jedem Leser bekannt sind. Hier war es umgekehrt; der „Deutsche Krankenversicherungsverein“, beziehungsweise sein findiger Leiter, der Buchhändler Ab. Ebert in Stuttgart, gründete die „Mitteilungen des D. Kr.-Vers.-Vereins“, die in unbestimmter Zeitfolge erscheinen, wöchentlich aber die Unterhaltungsbeilage „Das hilfsvolle Familienblatt“ liefern. Der wöchentliche Beitrag für alles zusammen ist nur 25 ¢, wofür es außer dem nötigen Wurstpapier auch noch 1 Krankengeld pro Tag bis zu 26 Wochen, 40 Sterbegeld, freie ärztliche Behandlung mit freier Arztwahl, auch beim Naturarzt, gibt. Für doppeltes Krankengeld gibt es auch doppelte Leistungen, die Zeitschrift aber nur einmal, so daß für die Mitglieder die niedrigste Klasse die rentabelste ist. — Die „Stuttgarter Kranken- und Sterbeversicherungsanstalt“ nimmt als Mitglieder nur solche Personen an, die im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind; das ist insofern zweckmäßig, wenn es auch nicht ausdrücklich gesagt wird, daß die Direktoren auch mit dieser Eigenschaft ausgezeichnet sein müssen, was nicht überall der Fall war und seine Mängel schon wiederholt bei Zusammenbrüchen von Kassen gezeigt hat.

Alle Schönheiten dieser Kassen anzuführen, geht hier zu weit. Ausnahmslos haben sie Leistungen aufzuweisen, vor denen die zentralisierten Hilfskassen der Arbeiterkassen und erst recht die Ortskrankenkassen vor Neid verblaffen müssen. Ärztliche Untersuchung vor der Aufnahme ist nicht nötig. Der Antragsteller hat nur die Erklärung abzugeben, daß er noch nie krank war, zeitlich gesund gewesen ist. Der Agent beruhigt etwaige Gewissensbisse mit der Versicherung, daß es nicht so genau darauf ankomme, kurz, die Aufnahme wird vollzogen, die Beitragszahlung beginnt. Im Krankheitsfall ist es freilich anders. Da kommt es zumeist so, wie der ärztliche Verein für Württemberg in nachstehender Ankündigung schreibt:

„Die Vereinigung der Württembergischen Vereine für freie Arztwahl, der Ehrling Delegiertenverband, hat beschlossen, künftig Mitglieder von Krankenunterstützungskassen nicht mehr auf Kassenrechnung, sondern nur noch als Privatpatienten zu behandeln und Krankheitsbescheinigungen für solche Kassen und für private Zuschußkassen nur noch auf dem vom Ehrling Delegiertenverband entworfenen Formulare auszustellen, die Ausfertigung der eigenen Formulare dieser Kassen aber stets zu verweigern.“

Der Grund für diesen Beschluß liegt darin, daß in den letzten Jahren die Patienten und die Ärzte durch Schwindelkassen um beträchtliche Summen betrogen wurden. Ferner darin, daß die Privatkrankenstellen und ähnliche Kassen ihren Mitgliedern die Auszahlung von Krankengeld verweigern, wenn das von der Kasse entworfenen, sehr umständliche Formular nicht vollständig ausgefüllt ist. Die Fragen sind aber so gestellt und die Satzungen der Kasse so gehalten, daß die Kasse, wenn alle Fragen wahrheitsgetreu beantwortet werden, fast immer aus dem ärztlichen Attest einen Grund ableiten kann, aus dem sie dem Patienten sein Krankengeld vorzuenthalten berechtigt ist. So wurde häufig jede Unterstützung verweigert, wenn vom Arzt bescheinigt wurde, daß der Patient früher einmal an einer ähnlichen Krankheit gelitten habe, oder daß etwa an demselben Körperteil schon einmal eine Krankheit bestanden hatte, auch wenn zwischen der früheren und der neuen Erkrankung keinerlei ursächlicher Zusammenhang bestand.

Es kann nicht Sache der Ärzte sein, zu einer planmäßigen Schädigung der Patienten die Hand zu bieten. Nachdem sich gezeigt hatte, daß Aufsichtsbehörden und Gerichte den bestehenden Mißständen gegenüber machtlos sind, trat an die Ärzte die Frage heran, ob sie nun nicht ihrerseits jede Mitwirkung verweigern wollen. Künftig werden Kassen sich nicht mehr auf das ärztliche Zeugnis berufen können, wenn sie ihre Mitglieder um die Unterstützung prellen wollen. Da alle Ärzte, die für die Kassenmitglieder in Frage kommen, die Formulare verweigern, wird man die Kassen zwingen können, auch gegen eine einfache Bescheinigung der Erwerbsunfähigkeit auszuhalten. Auf die Dauer werden sie überhaupt nicht weiterbestehen können, wenn sie nicht ihre Satzungen zugunsten der Versicherten in wichtigen Punkten ändern. Das beste Mittel bleibt allerdings nach wie vor, sich mit solchen zweifelhaften Kassen gar nicht einzulassen. Durch die gewerkschaftlichen Hilfskassen kann dem Bedürfnis nach Zuschußversicherung genügt werden.“

Die Ärzte haben aus ihren Erfahrungen den treffendsten Entschluß gezogen, und dieses Vorgehen ist nur zu begrüßen, da es geeignet ist, den größten Teil der Klagen der Versicherten unmöglich zu machen; hoffentlich findet das Beispiel überall Nachahmung. Die bloße Verweigerung von Beiträgen mit den Kassen durch die ärztlichen Organisationen, die schon mehrfach geschieht, tut es nicht; nur scharfe Mittel können dem Unfug steuern.

Für die organisierte Arbeiterkassen ergibt sich aber die dringende Notwendigkeit, auch ihrerseits das Vorgehen der

Ärzte zu unterstützen. Zwar hat es die Gewerkschaftspressen an Mitteilungen über das Wesen dieser Art Kassen zumeist nicht fehlen lassen. Das ist aber noch nicht ausreichend. Es kommt noch immer wieder vor, daß sich Mitglieder fast aller Organisationen zum Zutreiber solcher Kassen hergeben. In den Arbeitersekretariaten stellen sich immer und immer wieder Gewerkschaftsmitglieder vor, die durch einen „Freund“, Nebenarbeiter, Verbandskollegen zur Mitgliedschaft in einer dieser zweifelhaften Kassen veranlaßt wurden und bei den unausbleiblichen Schwierigkeiten mit der Kasse am Ende noch den Verband dafür verantwortlich machen wollen. Um das zu verhüten, muß durch die Gewerkschaftspressen und durch die örtlichen Verwaltungen unserer Verbände jedem einzelnen klar gemacht werden, daß eine solche Tätigkeit nicht zu verantworten ist, einen Verrat an den Prinzipien der Arbeiterbewegung darstellt und im Interesse der Organisation nicht gebildet werden kann. Wenn nötig, müßten sich die Kongresse dagegen erklären. Hier klar und scharf vorzugehen, ist fast so wichtig wie der Kampf gegen die Schnapspest, der so außerordentlich erfolgreich geführt wird; auch hier stehen wichtige Interessen auf dem Spiele. **N. Fette.**

## Der Bericht der Generalkommission für das Jahr 1910,

der in der neuesten Nummer des „Correspondenzblattes“ erstattet wird, beschäftigt sich in seinem allgemeinen Teil zunächst mit den Leistungen der Reichsregierung auf sozialpolitischem Gebiete, die als immer kläglich bezeichnet werden. Des Stellenvermittlungsgesetzes mit seiner ungenügenden Wirkung wird Erwähnung getan und des gleicher Art vorgelegten Gesetzentwurfes eines Hausarbeitsgesetzes, dem ein von den Gewerkschaften und bekannten Sozialreformern einberufener Heimarbeitertag Form und Inhalt geben wollte. Das Arbeitsstammengesetz harret noch der Erledigung, und es besteht die Gefahr, daß einige Verbesserungen, die die Kommission beschloß, in der dritten Lesung im Plenum wieder ausgemergelt werden. Zu dem großen Aenderungswert in der Sozialversicherung, dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung, nahm ein von der Generalkommission einberufener außerordentlicher Gewerkschaftskongreß Stellung, auf dem in großzügigen Referaten und Diskussionen die Forderungen der Arbeiter präzisiert wurden. Die in diesem Gesetzentwurf enthaltenen Verschlechterungen der Arbeiterversicherung, besonders das schwer bedrohte Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen, dazu die durch die Reichsfinanzreform hervorgerufene Volksauspöterung und endlich der böllig mißglückte Versuch, die Noabiter Vorgänge gegen die Arbeiterorganisation auszunutzen, waren treffliche Agitationsmittel für die gewerkschaftliche und politische Bewegung.

Von der Jugendbewegung werden erfreuliche Fortschritte berichtet. Eine im April in Berlin tagende Konferenz bestimmte die Richtlinien für die Bewegung. Die Zahl der Jugendausschüsse stieg von 330 auf 377; die Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ von 32 000 auf 54 000, zurzeit auf 57 000; Jugendheime bestehen an etwa 100 Orten. Die erste Auflage der Jugendliteraturbücher von zirka 50 000 Exemplaren ist vergriffen. Dem Auflösungsseifer der Polizei gegen die früheren Jugendorganisationen wird als Erfolg eine jähnere Entwicklung der Jugendbewegung zugesprochen.

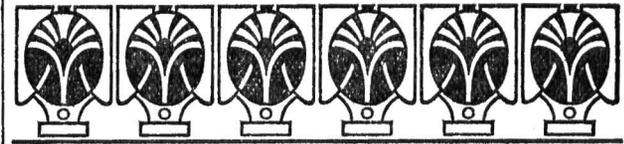
Zwischen dem Zentralverband der Konsumvereine und der Generalkommission sind gemäß der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses Vereinbarungen getroffen worden, die die Behandlung der Strafanzaltszeugnisse, die Behandlung der Heimarbeit, die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder, die Anerkennung der Gewerkschaften, deren Tarife und gewerkschaftsübliche Arbeitsbedingungen bei Lieferungsaufträgen und Vergabe von Arbeiten, die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften regeln.

Der internationale sozialistische Arbeiterkongreß wurde laut Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission von 100 Gewerkschaftsvertretern besetzt, und zur internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entsandte die Generalkommission zwei Vertreter nach Paris. Die Zentralkommission der Gewerkschaftsbewegung erklärte in einer anlässlich des Verbandstages deutscher Gewerkschaften abgehaltenen Konferenz ihr Einverständnis mit der Auflösung dieser Kommission und Ueberweisung der Geschäfte dieser Kommission an die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission. Schließlich wird noch der internationalen Hygieneausstellung gedacht, an der sich die Gewerkschaften beteiligen wollten, und der hieran sich anschließenden Verhandlungen.

Für die Agitation wurde von der Generalkommission in der Weise gefordert, daß, wie auch in früheren Jahren, zwei der italienischen Sprache kundige Agitatoren in den Wintermonaten in die Bezirke Italiens geschickt wurden, aus denen hauptsächlich die Einwanderung der Arbeiter nach Deutschland erfolgt; die in München errichtete Auskunftsstelle für aus Italien kommende Ziegeleiarbeiter wurde weiter aufrecht erhalten. Daneben wurden Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen nach Möglichkeit finanziell unterstützt; desgleichen wurden Mittel für Wahlen zu Gewerkschaften und Krankenkassen gegeben.

Gewerkschaftliche Unterrichtskurse fanden im Berichtsjahre drei statt, die insgesamt von 203 Teilnehmern besucht waren. Von der Veranstaltung eines Unterrichtskurses für die Arbeitersekretäre wurde mit Rücksicht auf das durch die Reichsversicherungsordnung und die Aenderung des Strafrechts neu zu erwartende Recht Abstand genommen. — Im Etat der Generalkommission überstiegen die Ausgaben

die Einnahmen um M 5824; die Mehrausgaben von M 13 300 entfielen hauptsächlich durch Errichtung der sozialpolitischen Abteilung. Die Sammlung für die Bauarbeiteraussperrung ergab 1¼ Millionen Mark.



## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Zahlstelle Hannover ist auf ihren Antrag die Genehmigung erteilt worden, pro Woche und Mitglied in den oberen Beitragsklassen 5 ¢ Ertragsbeitrag zu erheben. Der Einheitsbeitrag beträgt also jetzt in Hannover 25, 45, 55, 65 und 80 ¢.

Ausgeschlossen wurde auf Antrag der Zahlstelle Königsberg Fritz Funk wegen Unterschlagung. F. war erst seit einigen Wochen Mitglied.

#### Der Verbandsvorstand.

J. A.: O. Allmann, Vorsitzender.

### Quittung.

Vom 3. bis zum 8. April gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für März: Cöln M. 434,45, Hannover 649,65, Coburg 17,40, Marktreuth 31,60, Apolda 44,50, Grimmitzschau 48,50, Limbach 30,90, Cassel 215,05, Meuselwitz 39,40, Regensburg 331, Deggendorf 31, Dresden 2930,85, London 88,80, Flensburg 132,40, Spremberg 24,80, Würzburg 128,90, Stralburg 102,10, Essen 290,80, Bayreuth 73,60, Stendal 25,20, Dessau 65,70, Wiberach 23,10, Schwabach 46,30, Gilsbheim 22,10, Garburg 187,70, Kiel 585,50, Magdeburg 585, München 2870,70, Halle 434,90, Wiesbaden 325,90, Mainz 172,10.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: D. R.-Stadlum M. 13, G. D.-Gürlow 6,50, A. S.-Dehsten 7, G. R.-Vorfiel 6, D. R.-Vaugen 3, R. M.-Ziegenrück 5, A. R.-Wismar 57,50, G. S.-Pöbmed 23,70, W. B.-Segeberg 9,50. J. R.-Donndorf 10.

Für Abonnements und Annoncen: J. M.-Hamburg M. 2, Zentral-Krankenkasse Cöln 4,80, C. V.-Nalen 8, G. R.-Wimpfen 2,30, G. S.-Braunschweig 12, Wismar 3, W.-Hannover 4, Diamantgesellschaft München 38, St.-Essen 4, Breslau 5,40, P.-München 13.

Der Hauptkassierer. O. Freytag.

**Spätestens am 15. April ist der 16. Wochenbeitrag für 1911 (16. bis 22. April) fällig.**

### Aus den Bezirken.

**Döbeln.** Die Adresse des Vertrauensmannes ist: Erwin Klein, Breitestr. 21.

**Limbach i. S.** Die Adresse des Kassierers ist: A. Meuschke, Frohnauerstr. 28, l. Et. Dortselbst Auszahlung der Unterstufungen.

### Sterbetafel.

**Halle a. d. S.** Max Beller, gestorben am 20. März im Alter von 40 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

### Lohnbewegungen und Streiks.

#### Bäcker.

#### Berlin in der Lohnbewegung.

Der Zentralverband der Berliner Innungen hat der Lohnkommission unserer Kollegen auf die Einreichung der Forderungen ein vom 29. März datiertes Schreiben zugehen lassen, worin zwar die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen erklärt wird, jedoch in einer Weise, die es sehr zweifelhaft erscheinen läßt, ob die Innungen die ernste Absicht haben, eine Grundlage zu schaffen, auf der ein ehrliches Vertragsverhältnis gedeihen kann.

Das von den Obermeistern Fritz Schmidt und Willebille unterzeichnete Schreiben beginnt gleich mit einem Vorwurf gegen den Verband. Es heißt da, er habe die Forderungen nicht nur den Innungen eingereicht, sondern versuche auch, schon mit einzelnen Meistern Verträge abzuschließen. Gegen ein solches Gebaren müßten die Innungen protestieren, da es das Vertrauen in die Aufrichtigkeit des Verbandes erschüttere und jedes Abkommen von Organisation zu Organisation unmöglich mache. Trotzdem hielten es die Vorstände des Zweigverbandes für ihre Pflicht, die Verhandlungen mit dem Verband nicht abzulehnen.

Der gegen unsern Verband erhobene Vorwurf ist unbegründet. Der Verband versucht nicht, mit einzelnen Meistern Verträge abzuschließen, sondern er steht seit Jahren mit einer größeren Zahl von Bäckermeistern, vor

Alle mit einer Reihe von Großbetrieben, im Vertragsverhältnis. Diese Verträge laufen gegenwärtig ab; es werden deshalb Verhandlungen wegen Erneuerung derselben gepflogen, und zwar auf ausdrücklichen Wunsch der betreffenden Geschäftsinhaber. Auch haben sich verschiedene Meister aus eigenem Antriebe an den Verband gewandt und ihn um Abschluß eines Vertrages ersucht. Aus welchem Grunde sollte wohl der Bäckerverband die bestehenden Verträge ablaufen lassen und dem Ersuchen um Vertragsabschluß nicht stattgeben? Etwa mit Rücksicht auf die Innungen? Mit ihnen steht ja der Verband in keinem Vertragsverhältnis! Sie haben seither durch ihr ganzes Verhalten gezeigt, daß sie von Tarifverträgen nichts wissen wollen. Ob die Innungen willens sind, diesen Standpunkt zu verlassen und ein gedeihliches Vertragsverhältnis mit dem Verbande einzugehen, davon weiß man noch nichts. Es kann also unserm Verband kein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn er die bestehenden Verträge erneuert und wenn er auf Ersuchen solcher Meister, die mehr soziales Verständnis haben als die Innungsführer, neue Verträge abschließt.

Nun hat sich der Zweverband ja zu Verhandlungen bereit erklärt. Aber unter welchen Voraussetzungen? In dem erwähnten Schreiben vom 29. März heißt es, die Generalversammlung des Zweverbandes habe sich zu Verhandlungen vor dem Berliner Gewerbegericht bereit erklärt, aber nicht unter Vorbehalt des Herrn v. Schulz, „dem die Bäckerinnungen immer noch mit Mißtrauen begegnen“. (1)

Von dem ersten Willen, zu einer beide Teile befriedigenden Vereinbarung zu kommen, zeugt es durchaus nicht, daß die Bäckerinnungen gerade dem Mann mit Mißtrauen begegnen, der seit vielen Jahren in Berlin die am meisten geachtete Persönlichkeit zur Leitung von Einigungsverhandlungen ist, dessen Unparteilichkeit und strenge Sachlichkeit nicht nur in Arbeiter-, sondern auch in Arbeitgeberkreisen allgemein anerkannt wird. Nur die Bäckerinnungen haben Mißtrauen gegen Herrn v. Schulz, weil er bei der Lohnbewegung im Jahre 1906 seine Unparteilichkeit dadurch bekundete, daß er nicht alle Wünsche der Bäckermeister erfüllen konnte.

Die Vertretung, welche der Zweverband für die von ihm in Aussicht gestellten Verhandlungen vorschlägt, sieht nicht gerade vertrauenswürdig aus. Die 17 Innungen sollen durch ihre Obermeister vertreten werden. Als Vertretung der Arbeiter sollen fungieren die 17 Vorsitzenden der Gesellenausschüsse (Mitgesellen), drei bis vier Vertreter unseres Verbandes und drei Vertreter — des gelben Bundes. Die Hinzuziehung der Gelben wird damit begründet, daß auch die Lohnforderungen gestellt haben. Es soll also wieder dieselbe Komödie aufgeführt werden wie 1906. Als damals der Verband eine Lohnbewegung beschloß und seine Forderungen aufgestellt hatte, reichten auch die Gelben auf Bestellung der Meister Forderungen ein, lediglich zu dem Zweck, daß die Gelben zu den Verhandlungen hinzugezogen und dort gegen die Verbandsvertreter ausgespielt werden könnten. So soll es auch jetzt wieder geschehen. Die Innungen wollen sich als Arbeitervertreter bei den Verhandlungen eine kompakte Mehrheit solcher Gesellen sichern, von denen von vornherein feststeht, daß sie nicht Arbeiter-, sondern Arbeitgeberinteressen vertreten. Von den 17 Mitgesellen sind 11 als unbedingt meistertreu anzusehen. Nur sechs Vertreter der Gesellenausschüsse gehören dem Verbande an. Diese repräsentieren aber die Ausschüsse derjenigen Innungen, die nach Zahl der beschäftigten Gesellen und räumlicher Ausdehnung die überwiegende Mehrheit darstellen. Dem gelben Bund, der in Berlin etwa 100 Mitglieder zählt, sollen drei Vertreter zugebilligt werden, während der Bäckerverband mit seinen 4000 Mitgliedern auch nur drei bis vier Vertreter entsenden soll. Hiernach würde also die weitaus überwiegende, hinter den Forderungen des Verbandes stehende Mehrheit der Bäcker durch neun bis zehn Personen vertreten sein, während das kleine Häuflein gelber, unorganisierter und sonstiger meistertreuer Gesellen durch 14 Personen vertreten wird, die sich voraussichtlich „voll und ganz“ auf die Seite der 17 Obermeister stellen werden. Verhandlungen, die von einer so unangenehm gesetzten Vertretung geführt werden, können natürlich kein zutreffendes Bild von den wirklichen Verhältnissen und von den Wünschen der Gesellen geben und lassen deshalb kein Resultat erwarten, welches den tatsächlich bestehenden Verhältnissen Rechnung trägt.

Am 4. April tagte in Freyers Saal in der Kopenstraße eine öffentliche Versammlung unserer Kollegen, die zu der vorstehend besprochenen Angelegenheit Stellung nahm. Saal und Galerien waren überfüllt. Ein Zeichen des lebhaften Interesses, welches die Bäcker und Konditoren an den auf die Lohnbewegung bezüglichen Vorgängen nehmen. In eingehender Weise beleuchtete Gehschold das Schreiben des Zweverbandes. Er führte unter anderem aus: Das Schreiben erregte starke Zweifel an der ehrlichen Absicht der Innungen, die Bewegung zu einem friedlichen Abschluß zu bringen. Der Zweifel sei um so mehr begründet, da der Vorsitzende des Zweverbandes bereits am 17. März in einer Sitzung berichtete über die Schritte, die unternommen sind, um dem Streit und Boykott wirksam entgegenzutreten. Solche Vorbereitungen zeugen nicht von Friedensliebe. Ebenfalls die Ablehnung des Herrn v. Schulz als Leiter der Einigungsverhandlungen. Die in so beleidigender Form schon im voraus erfolgte Ablehnung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts müßte doch die Folge haben, daß auch die übrigen Gewerbeichter die Uebernahme der Einigungsverhandlungen ablehnen und dadurch das Gewerbegericht als Einigungsamt überhaupt ausgeschaltet werde. Das sei im Interesse des Friedens auf das tiefste zu bedauern. — Die weiteren Ausführungen des Redners decken sich mit einer von ihm empfohlenen Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

„Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von dem Antwortschreiben des Zweverbandes der Bäckermeister Groß-Berlins auf die eingereichten Forderungen und erklärt folgendes:

„Die Versammlung ist erstaunt über den Protest des Zweverbandes, betreffend den Abschluß von Einzelverträgen. Wohl würden es die Arbeiter in Bäckereien

freudig begrüßen, wenn es sich bewahrheiten sollte, daß die Bäckereien ganz plötzlich ihren bisherigen organisations- und tarifrechtlichen Standpunkt aufgegeben hätten und in Zukunft die Organisation und die Tarifmeister nicht mehr als „Stornobäcker“ verhöhnen würden. Der Umstoß ist aber so rasch und unermittelt eingetreten, daß starke Zweifel an der Friedensliebe des Zweverbandes große Berechtigung haben. Hat doch der Vorsitzende dieses Zweverbandes über die „Schritte“ desselben in der Sitzung vom 17. März berichtet, die „unternommen“ sind, um „dem Streit und Boykott wirksam entgegenzutreten“, wobei diese geheimnisvollen Schritte „durchaus gebilligt“ wurden. Die Behandlung der in Betracht kommenden Organisation aber, sowie das Hineinziehen der an Zahl so winzig kleinen Gruppe der Gelben, die Sprache der Innungspresse in Verbindung mit den bisherigen Erfahrungen können das Vertrauen in die ehrlichen Friedensabsichten der Innungen durchaus nicht stärken.

Bei dieser Sachlage muß es sonderbar erscheinen, daß die Innungen den einzelnen Arbeitgebern, die weit früher ein größeres soziales Verständnis an den Tag gelegt haben als ihre Vertretung, den Abschluß von vernünftigen Verträgen verbieten will, die im wohlverstandenen ureigensten Interesse der Arbeiter als auch der Arbeitgeber gelegen sind. Viele Arbeitgeber würden sich das uneres Wissens sehr ernstlich verbitten. Die zuständige Organisation hat aber nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, auf Ansuchen der Arbeiter oder Arbeitgeber ihre Vermittlung anzubieten. Der „Protest“ ist deshalb an die falsche Adresse gerichtet.

Die Ablehnung des Vorsitzenden des Berliner Gewerbegerichts, Herrn Magistratsrat v. Schulz, als eventuellen Leiter der Verhandlungen wirkt um so mehr als ein Verstoß, einen angesehenen, um den sozialen Frieden hochverdienten Mann, der bis jetzt das uneingeschränkte Vertrauen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewiebt, in der Öffentlichkeit herabzusetzen, als seitens der Gesellschafter noch kein bestimmter Vorschlag gemacht war, also zu dieser demonstrativen Ablehnung noch gar kein Anlaß vorlag.

Diese durch nichts gerechtfertigte Ablehnung gibt der Vermutung Raum, daß durch die versuchte Beleidigung ihres Vorsitzenden auch die andern Herren Richter getroffen werden sollten, um das Gewerbegericht als Einigungsamt überhaupt auszuschalten. Dies ist im Interesse des Friedens nur aufs tiefste zu bedauern.

Dessen ungeachtet schlägt die heutige Versammlung Herrn Magistratsrat v. Schulz als Verhandlungsleiter vor.

Die Hinzuziehung des gelben Bundes zu den Verhandlungen weist die Versammlung entrüstet zurück und lehnt eine solche Zumutung mit aller Entschiedenheit ab. Diese sogenannten Gelben sind eine Schöpfung der Bäckermeister und können nur solange existieren, als es die Bäckermeister und ihre Organisationen gestatten. Die Lohnkommission hat in öffentlichen, allen Bäckern und Konditoren zugänglichen Versammlungen ihr Mandat erhalten! Der Versuch der Innungen, eine solche Vertretung ehrlücher Arbeiter mit Leuten, wie es die Gelben sind, die in geheimen Konventikeln „Forderungen“ auf Bestellung fabrizieren, auf eine Stufe zu stellen, wird von allen vorurteilsfreien Menschen als Beleidigung und Verhöhnung empfunden und dementsprechend eingeschätzt werden.

Der 10. April kann als Verhandlungstag nicht in Frage kommen, da für diesen Tag schon anderweitige wichtige Dispositionen getroffen sind.

Bei diesen Verhandlungen, die die Versammlung nicht zur Komödie herabgedrückt zu sehen wünscht, kann der Vorschlag des Zweverbandes, daß neben über 30 Innungsvertretern gnädigst 4 Vertretern der Lohnkommission der Zutritt gestattet wird, gar nicht ernst genommen werden. Die Versammelten schlagen eine paritätische Kommission von je der Hälfte Mitgliedern von dem Zweverband und der Lohnkommission als Verhandlungskommission vor, die aus 10 bis 20 Personen bestehen könnte.

Die Versammlung schlägt, falls die Innungen unter den in dieser Resolution niedergelegten Voraussetzungen zur Verhandlung geneigt sind, als Termin für das Stattfinden der Verhandlungen entweder Dienstag, 18., oder Freitag, 21. April, vor.

Die Versammelten beschließen, eine neue Versammlung auf Dienstag, 11. April, anzusetzen, in welcher über die bis dahin einzufordernde Antwort der Innungen Bescheid gefaßt werden wird.

In der Diskussion sprach ein Vertreter der „Freien Vereinigung der Bäckermeister von Berlin und Umgegend“, die der Lohnkommission bereits erklärt hat, daß sie eine Verständigung auf Grundlage der eingereichten Forderungen wünscht.

Die Versammlung nahm die Resolution einstimmig an; sie soll dem Zweverbande zugestellt werden. Zu der Antwort desselben wird eine am 11. April stattfindende Versammlung Stellung nehmen.

### Der Tarifabschluß mit der Bäcker-Zwangsinnung in Bremen.

Arbeits- und Lohn tarif, vereinbart am 30. März 1911 vor dem Gewerbegericht der Freien Hansestadt Bremen zwischen den Zwangsinnungen der Grob- und Weißbäcker zu Bremen und dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren und den Gesellenausschüssen der vorgenannten Innungen.

1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit ist eine zwölfstündige, einschließlich der notwendigen Essenspausen.

2. Abschaffung von Kost und Logis und Bühne. a) Kost und Logis ist außerhalb des Hauses des Meisters zu nehmen; jedoch soll den Gesellen auf ausdrücklichen, schriftlich geäußerten Wunsch gestattet werden, im Hause des Meisters Kost und Logis zu nehmen, wenn der Meister Schlafgelegenheit und Kost gewähren kann. Der Meister kann nicht von dem Gesellen verlangen, daß der Geselle bei ihm in Kost und Logis geht.

Der Mindestlohn für Kost und Logis beträgt M 12. Der Mindestlohn beträgt für Gesellen in den beiden ersten Jahren ihrer Gesellenzeit M 22 und von da ab M 24.

Von auswärtig zugereiste Gesellen, die in Bremen noch nicht mindestens drei Monate gearbeitet haben, beziehen

auch nach zweijähriger Gesellenzeit für die ersten drei Monate ihrer hiesigen Tätigkeit nur M 22.

Gehilfen in verantwortlicher Stellung ist entsprechend mehr zu bezahlen.

b) Ueberstunden, durch Mehrarbeit oder ohne Verschulden der Gehilfen entstanden, werden mit 45 % pro Mann und Stunde bezahlt.

c) Zuschüssen erhalten pro Tag M 4.50 Mindestlohn. Bei längerer Dauer als eine Woche unterliegt der Lohn der freien Vereinbarung.

d) Der Geselle hat keinen Anspruch auf Frühstück und Gebäck. Wo jedoch solches gewährt wird, darf ein Lohnabzug deswegen nicht erfolgen.

e) In Grobbäckereien gelten die Löhne für die sechsköpfige Arbeitswoche. In die Arbeitswoche fallen auch sonntägliche Vorarbeiten, wie Säuern, Torfeinschieben, Anheizung des Ofens.

Falls jedoch eine solche Sonntagsarbeit ordnungsgemäß ausgeführt, länger als eine Stunde dauert, ist sie mit Ueberstundenlohn zu vergüten.

f) Der Lohn wird Sonnabends ausbezahlt. 3. Arbeitsnachweis. Der bestehende Innungsnachweis wird in der Form ausgestaltet, daß ein Mitglied des Gesellenausschusses ständig in den Sprechstunden zugegen ist und an den Arbeitsverteilungen teilnimmt. Es erhält für seine Teilnahme von der Innung für jeden Tag eine Vergütung von 50 %. Der Meister darf nicht mehr bekommen.

Dieser Arbeitsnachweis vermittelt für die Innungsmitglieder. Der gesonderte Arbeitsnachweis der Arbeitnehmer darf für die Innungsmitglieder nicht mehr vermittelt.

4. Allgemeines. a) Den Gehilfen ist Waschgelegenheit, Ankleideraum und ein verschließbarer Schrank zur Verfügung zu stellen.

b) Der Tarifvertrag ist in allen Bäckereien an einer den Gehilfen leicht zugänglichen Stelle deutlich sichtbar anzuschlagen.

5. Schlichtungskommission. Zur Durchführung dieses Tarifs sowie zur Beilegung von Streitigkeiten, die aus demselben entstehen, wird eine aus vier Meistern und vier Gesellen bestehende Kommission eingesetzt.

Kommt diese Kommission nicht zu einer Einigung, so bildet sie zusammen mit dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts Bremen oder einem seiner Stellvertreter als Vorsitzenden ein Schiedsgericht, das endgültig entscheidet. Die Beisitzer sind von beiden Seiten selbständig zu wählen. Die Arbeitnehmerbeisitzer müssen bei den Innungsmitgliedern beschäftigt sein.

Wenn die Arbeitnehmerbeisitzer der Schlichtungskommission einstimmig den Wunsch äußern, daß ein Vertreter des Zentralverbandes deutscher Bäcker und Konditoren zu den Sitzungen der Schlichtungskommission hinzugezogen werden soll, so ist ein solcher mit beratender Stimme zu den Sitzungen der Schlichtungskommission hinzuzuziehen.

6. Schlußbestimmungen. Die bei der Einführung des Tarifs vorhandenen günstigeren Arbeitsbedingungen werden durch die Neuregelung nicht beeinträchtigt, sondern behalten auch nach derselben ihre Gültigkeit.

Der Tarif tritt am 1. April 1911 in Kraft und gilt bis zum 31. März 1915. Mit dem 1. April 1913 tritt eine Erhöhung sämtlicher Wochenlöhne um M 1 ein. Die Mindestlöhne steigen dann auch um je M 1.

Falls nicht mindestens einen Monat vor Ablauf des Tarifs von einer der beiden vertragschließenden Parteien die Kündigung des Tarifs erfolgt, gilt derselbe stillschweigend auf ein weiteres Jahr.

- Für die Grobbäckerei: J. C. S. Freese, Obermeister.
- Für die Weißbäckerei: Th. Feinken, zweiter Obermeister.
- Für den Zentralverband der Bäcker und Konditoren: Fr. Friedmann, W. Bennede.
- Für die Gesellenausschüsse: Otto Rieger, Mitgeselle.

### Fabrikbranche.

Der Streit bei Schraders Nachf. (Gugo Müller) in Bayreuth dauert fort und hat sich inzwischen nur wenig verändert. Seit einigen Tagen hat Herr Müller die paar ihm treugebliebenen Arbeitswilligen, die allerdings von der Zuckerwarenbranche nicht viel verlieren können, in die Kocherei dirigiert, um dort ihre Kräfte in der Herstellung äußerst delikater Süßigkeiten nach neuesten Rezepten zu versuchen. Es müssen entweder die paar Arbeitswilligen oder die Rezepte nichts taugen, denn noch immerfort erscheinen große Inserate, in denen fleißige Arbeiterinnen und Arbeitsburschen gesucht werden, um die vielen unbrauchbaren Bonbons von den wenigen brauchbaren auszusuchen, damit nicht alles Produzierte nach der Abfallkammer geschafft werden muß. Wie bald bei jeder Bewegung, so muß auch hier die Polizei als Hüterin der Unternehmerinteressen auftreten und zu bestimmten Tageszeiten den Streikbrechern zu Hilfe eilen. Dabei mußten wir aber erfahren, daß sich ein Polizist weniger um seine eigentliche Funktion (trotzdem die Schutzleute vollständig überflüssig sein dürften), als vielmehr darum bekümmert, wie er die Streikenden überreden kann, die Arbeit wieder aufzunehmen. Ob solches in höherem Auftrage oder aus Liebe zu Herrn Müller geschieht, entzieht sich unserer Kenntnis. Alles in allem ist die Situation für die Streikenden sehr gut und der Zusammenhalt tabellarisch; es dürfte ferner Herr Müller nur schwer gelingen, die gesuchten Arbeitskräfte zu erhalten. Bezirksleiter Hechtel suchte um Einigungsverhandlungen nach, die aber von den Unternehmern abermals abgewiesen wurden. Wir ersuchen dringend darum, daß kein Kollege der Zuckerbranche sich nach Bayreuth begibt.

Der Streit bei Mahn & Co. in Wolfenbüttel beendet. Der Streikleitung war es in der vergangenen Woche möglich, mit den Fabrikanten eine Unterredung herbeizuführen, in deren Verlauf die Geneigtheit ausgesprochen wurde, mit den einzelnen der Ausständigen zu unterhandeln. Hierauf wurde beschlossen, daß die Streikenden dem nachkommen sollen, und sie wurden bei der Firma vorstelltig. Das Ergebnis war, daß sechs Arbeiterinnen sofort die Arbeit aufnehmen konnten, sechs sollten nach Ostern eingestellt werden; jedoch bei allen wurde die Bedingung gestellt, zu dem

alten Lohn anzufangen und den Austritt aus der Organisation zu erklären. Von den Kollegen sollte überhaupt keiner in Arbeit kommen. Dieses entehrende Angebot lehnten die Streikenden einmütig ab. Sie sagten sich, lieber mit Ehren unterliegen als auf eine solche entwürdigende Zumutung einzugehen.

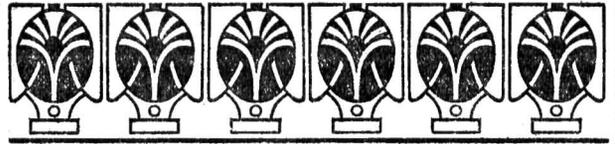
Durch diese Gimmigkeit mußten die Fabrikanten einsehen, daß sie mit ihren Dickschädeln nicht durch die Wand rennen konnten. Am gleichen Tag (Freitag) bemühte sich Mahn zu den Eltern derjenigen Arbeiterinnen, die sofort die Arbeit aufnehmen konnten, und erklärte dort: Wegen der Zugehörigkeit zur Organisation wird niemand etwas in den Weg gelegt, sie können dem Verbande angehören; die in Arbeit tretenden erhalten Lohnaufbesserungen; nach Ostern werden, soweit Bedarf vorhanden, die übrigen von den Streikenden eingestellt; die Streikbrecher sollen sobald wie möglich entlassen werden. Mit dieser veränderten Situation beschäftigte sich die Streikversammlung am Sonnabend, 8. April, und beschloß nach ausführlicher Klarlegung des Sachverhalts und eingehender Diskussion, den Kolleginnen die Aufnahme der Arbeit zu gestatten und den Streik für beendet zu erklären. Mit derselben Gimmigkeit wie der Streik beschlossen wurde, sprachen sich die Ausständigen für die Beendigung aus: 28 stimmten dafür und 2 dagegen. Von den Streikenden sind noch ohne Arbeit 13 Kolleginnen und 7 Kollegen.

Der fünfwöchige Streik, bei welchem nicht ein einziger der Streikenden abtrünnig wurde, zeitigte das Ergebnis, daß die Fabrikanten trotz ihres hartnäckigen Widerstandes ihren Arbeitern erklären mußten, daß sie deren Organisationszugehörigkeit nicht in den Weg legen wollen, desgleichen, daß eine Lohnaufbesserung erfolgt. Die Unternehmer hätten das jedoch billiger haben können, wenn sie mit der eingeleiteten Kommission unterhandelt haben würden. Am dem brutalen Herren\*ndpunkt festhaltend, trieben sie die in jahrelanger Untermüßigkeit dahinlebenden Arbeiter und Arbeiterinnen zum äußersten, und was die Organisation unter andern Umständen nicht so schnell erreicht hätte, trat über Nacht ein, nämlich eine gewaltige Empörung, die in der spontanen Arbeitsniederlegung ihren elementaren Ausbruch fand.

Mit diesem Ausgang des Streiks können und dürfen wir natürlich nicht zufrieden sein. Wir haben nur eine Etappe im zähen Ringen erreicht. Jetzt gilt es, das Erreichte festzuhalten. Das kann aber nur dann geschehen, wenn die wieder eingestellten Arbeiterinnen auch der Organisation treu bleiben. Von etwaigen schmeichlerischen Versuchen der Fabrikanten dürfen sie sich nicht födern lassen, sondern müssen, gestützt durch den Kampf, unerschütterlich zum Verbande stehen. Nur dann wird es uns gelingen, recht bald wieder an die Firma herantreten zu können, und ein zweites Mal werden sich die Unternehmer hüten, nochmals eine solche Summe an Lehrgeld zu bezahlen. Darum vorwärts zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen!

**Tarifbewegung bei Emil Wasmus in Braunschweig.** Die Beschäftigten in der Schokoladen-, Zuckerwaren- und Honigwabenfabrik von Emil Wasmus unterbreiteten der Firma am 27. März einen Tarifvertrag, in welchem die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorgesehen sind. Anlaß hierzu bot der Streik bei Mahn & Co. in Wolfenbüttel. Es wurde nämlich die Vermutung ausgesprochen, daß Wasmus für Mahn Streikarbeit anfertige. Bei eingezogener Erkundigung durch die Ortsverwaltung und Streikleitung bemährte sich das erfreulicherweise nicht. Die Unterredung endete mit dem Ergebnis, daß die Organisation eine Tarifvorlage unterbreiten soll. Diesem wurde nachgegeben; die Firma lehnte jedoch den Vertrag ab. Sie einigte sich mit dem Arbeiterausschuß dahingehend, daß eine Lohnaufbesserung von 1 bis 3 % pro Stunde und für die Arbeiter außerdem eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche erfolgte.

Am Freitag, 7. April, beschäftigte sich eine Betriebsversammlung mit dem Zugeständnis der Firma. Beschlossen wurde, vorerst von weiteren Schritten zur Durchführung des Tarifes Abstand zu nehmen und das Zugeständnis anzuerkennen. Die Beweggründe die hierzu maßgebend waren, wurden von den Anwesenden anerkannt. Die Hauptfache ist nun, die Organisation nach jeder Richtung hin auszubauen, dann wird es ein leichtes sein, zur gegebenen Zeit die abgebrochene Tarifbewegung wieder aufzunehmen und erfolgreich beenden zu können. Hierzu muß aber jede Kollegin und jeder Kollege mithelfen, um die Fernstehenden dem Verbande zuzuführen. Die Vorteile durch die Verbesserung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit sind doch allen zugute gekommen, und schon daher muß es zur Ehrenpflicht aller werden, daß sie als treue Mitglieder der Organisation angehören. Wird dieser wohlgemeinte Ratschlag befolgt, dann kann sich die Firma nicht mehr länger den berechtigten Wünschen der Arbeiter und Arbeiterinnen verschließen.



**Korrespondenzen.**

**Bäcker.**

**Limbach.** Am 2. April fand eine öffentliche Bäckerversammlung statt. Die Gehülfen von Limbach und Umgebung waren leider nur schwach vertreten. Außer den Organisierten waren nur noch einige Gehülfen und fünf Lehrlinge anwesend. Referent Granz sprach über das Thema: „Die bevorstehenden Kämpfe unserer Kollegen in Deutschland und wie die Bäckermeister Arbeitswillige suchen.“ Der Referent schilderte in treffenden Worten die bevorstehenden Lohnkämpfe in Deutschland sowie die Lage unserer Berufsgenossen und rückte er auch besonders die gegnerischen Organisationen in das richtige Licht. Er bedauerte lebhaft, daß es die hiesigen Kollegen nicht für nötig halten, in größerer Zahl zu dieser Versammlung zu erscheinen. Da hätten sogar die Lehrlinge mehr Mut gezeigt wie die Gehülfen. Im Sinne des Referenten sprach noch der Kollege Hobrinn; eine weitere Debatte fand nicht statt.

**Wiesbad (Oberbayern).** Am 30. März fand hier eine gutbesuchte Bäckerversammlung statt; anwesend waren die Kollegen von Holzkirchen, Thalham, Haussham, Schliersee, Tegernsee und Fischhausen. Kollege Gaspner referierte über das Thema: „Die Erfolge im wirtschaftlichen Kampfe durch die Gewerkschaften.“ In seinem anderthalbstündigen Vortrage erläuterte der Referent die Bedeutung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation, sowie deren Entstehung und Fortentwicklung bis zum heutigen Tage. Die Ausführungen des Referenten wurden von den Kollegen mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde die alte Klage wieder laut, nämlich das Nichterscheinen der Konsumbäcker von Haussham in den Versammlungen. Besonders wurde das Verhalten des dortigen Geschäftsführers, Kollegen Grtl, sowie das des Kollegen Hausenberger von Agatharied, welche beide unserm Verbande den Rücken fehrten, einer scharfen Kritik unterzogen. Die anwesenden Kollegen erklärten, jeden Verkehr mit den beiden abbrechen zu wollen. Die Abhaltung einer Maisfeier in Holzkirchen, zu welcher auch alle Kollegen der Umgegend eingeladen werden sollen, wurde beantragt. An Stelle des bisherigen Schriftführers, Xaver Ruchler, wurde Kollege Gauslmeier aus Wiesbad gewählt. Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung.

**Fabrikbranche.**

**Celle. (Harry Trüllers Praktiken.)** Manche Unternehmer heuten nicht nur die Arbeitskraft der Arbeiterinnen nach allen Regeln der Kunst aus und versuchen dadurch die höchsten Profite herauszuschlagen, sondern sie gehen auch dazu über, von dem fargen Verdienst Abzüge jeglicher Art zu machen. In der Nahrungsmittelfabrik von Harry Trüller müssen die Beschäftigten Kautions stellen. Die Firma ist aber so „entgegenkommend“ und verlangt den Betrag nicht vor Eintritt der Arbeit ausgehändigt, sondern behält wöchentlich 50 % vom Lohn ein. Vor uns liegt eine Lohnliste, nach welcher eine ältere Arbeiterin in zwanzig Arbeitsstunden M. 3,30, also pro Stunde 11 % verdiente. Hiervon kommen in Abzug: für Krankengeld 22 %, Alters- und Invalidenversicherung 10 % und an Kautions 50 %, also zusammen 82 %. Nach Abzug dieses Betrages erhielt die Arbeiterin M. 2,38 ausbezahlt. Für Wohnung und halbe Kost mußte sie M. 2,50 bezahlen; sie hatte also in den Tagen 12 % zugeseht. Würde nun die Arbeiterin länger in dem Trüllerischen „Edorado“ geblieben sein, dann wären ihr noch Auslagen für die Anschaffung weißer Arbeitsschürzen sowie eines Vorhängeschloßes zu dem Garderobenschrank entstanden. Herr Trüller achtet nämlich ziemlich darauf, daß gleichmäßige Arbeitskleidung getragen wird. Allerdings bestreitet die Firma nicht die Ausgaben, sondern das wird von den Arbeitern und Arbeiterinnen verlangt. Das vereinbart sich schlecht mit den verlockenden Versprechungen, welche den Arbeiterinnen und Arbeitern bei der Nachfrage nach Beschäftigung gemacht werden. Da wird dauernde Stellung bei einem Akkordverdienst von M. 15 bis M. 18 pro Woche den Arbeiterinnen zugesagt und eine ganze Reihe soll diesen Verdienst erhalten. Wie aber der wirkliche Lohn ist, das haben wir hier dargelegt.

Harry Trüller tritt mit Vorliebe in der Geschäftswelt als seine Firma auf und erweckt auch gern den Schein eines humanen Arbeitgebers. In Wirklichkeit liegt es so, daß mit allen Mitteln versucht wird, die Beschäftigten als willenlose Ausbeutungsobjekte zu erhalten. Wer seiner Berufsorganisation angehört, wird entlassen. Auf das Koalitionsrecht darf niemand Anspruch erheben. Wie aber die Tatsachen lehren, kann nicht mehr auf die Dauer das Koalitionsverbot aufrecht-erhalten werden. Die schlechten Löhne und mancherlei andere Mißstände werden früher den Arbeitern und Arbeiterinnen die Augen öffnen als Trüller ahnen wird.

**Aus Unternehmerkreisen.**

**Bäckerei.**

**Der falsche Prophet in der „Nordwest- und Mitteldeutschen Bäckerzeitung“ (Hannover).** Unter der Ueberschrift „Streikluft in Bremen“ leistet sich ein Tintenfühl in obengenannter Zeitung folgenden Erguß: „Nachdem in Bremen schon im vorigen Jahre die roten Drahtzieher einen schwachen und gründlich mißglückten Versuch gemacht hatten, einen Streik zu inszenieren, scheinen sie in diesem Jahre einen ernstern Versuch damit machen zu wollen. Zweifellos werden sie aber nicht mehr Glück damit haben als im Vorjahre. Um die Sache in Fluss zu bringen, hielten sie am Sonntag eine öffentliche Versammlung ab, in der mächtig in die Streiktrompete geblasen wurde.“

Nun ist es währenddessen aber ganz anders gekommen; die von dem gelben Zeilenreißer den Bremer Kollegen aufgedrängte Streikluft hat sich, jedenfalls zu seinem Bedauern, nicht entfaltet, sondern in ruhiger und sachlicher Weise haben beide Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich auf einen Tarif verständigt, der beide Parteien befriedigt und hoffentlich zum Besten des Berufes wirken wird.

Wird der falsche Prophet nun noch soviel Energie besitzen, um einzusehen, daß er seinen Beruf verfehlt hat?

**Gewaltmaßnahmen der Lindener Bäckerinnung.** Am 5. April hatte der Lindener Innungsvorstand seine Mitglieder zu einer Generalversammlung geladen. Hier wurden die Mitglieder mit folgendem Produkt überrascht:

Der Vorstand beantragt, die Innung möge folgende Beschlüsse annehmen:

Auf Grund des § 81a, Ziffer 1 und 2 der Reichsgewerbeordnung, des § 2, Ziffer 1 und 2, sowie des § 8 des Innungsstatuts vom 22. Januar 1908 wird in der heutigen ordentlichen Generalversammlung beschlossen:

1. Den Mitgliedern der Bäckerzwangsinnung für Linden und Umgegend ist bei der im § 8 obigen Statuts angedrohten Ordnungstrafe für jeden Einzelfall bzw. für jeden einzelnen Tag verboten, die Bewilligungsplakate des Verbandes der Bäcker, Konditoren und Berufsgenossen Deutschlands in ihren Geschäftsräumen, Läden und Schaufenstern sichtbar auszuhängen oder an Händler abzugeben. Bereits ausgehängte Plakate sind sofort zu entfernen.

2. Die gleiche Ordnungstrafe trifft solche Mitglieder, die Arbeitnehmer anders als durch den Innungsnachweis beziehen (§ 44 des Statutsnachtrags vom 9. Mai 1910).

3. Die Mitglieder der Bäckerzwangsinnung für Linden und Umgegend sind verpflichtet, alle Verhandlungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Arbeitnehmern lediglich durch die Innung zu führen. Abmachungen oder Tarifverträge, die auf andere Art zustande kommen, werden als Verstoß gegen § 2, Ziffer 1 und 2 in Verbindung mit § 8 des Statuts vom 22. Januar 1908 bzw. auf Grund des § 81a, Ziffer 1 und 2 der Reichsgewerbeordnung verfolgt. Tarifverträge, welche bereits mit dem Verband abgeschlossen sind, müssen binnen acht Tagen annulliert werden.

Man muß staunen, wie dreist der Vorstand auf die Unwissenheit seiner Mitglieder spekuliert. Das Opus, das man des Scheines halber mit einer Anzahl Gesetzesparagrafen verbrämt hat, soll dadurch den Anschein der Rechtmäßigkeit erwecken. Die Drahtzieher der Innung wissen genau, daß die Bäckermeister gar nicht in der Lage sind, all diese Paragraphen zu kennen. Sogar der Obermeister mußte, als einer der Anwesenden um Aufklärung über den Wortlaut des § 81a der R.-G.-O. ersuchte, erklären, daß er dessen Wortlaut und Inhalt nicht kenne! Dieser Antrag sei von einem Juristen (!) aufgelegt. Wir sind begierig, zu wissen, welcher rechtskundige Mann dieses Werk geschaffen hat.

Der § 81a der R.-G.-O., Ziffer 1 und 2, handelt in Wahrheit von der Pflege des Gemeinwohls und der Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meister und Gesellen. Die §§ 1 und 2 des Innungsstatuts besagen dasselbe, und da scheuen sich die Herren nicht, solche Paragraphen zur Begründung eines Beschlusses heranzuziehen, durch den gerade Unfrieden zwischen Meister und Gesellen getragen wird. Alle Meister, welche mit den Gesellen im Tarifverhältnis stehen, leben heute in Eintracht und Frieden; und nun kommen die organisationsfeindlichen Herren des Innungsvorstandes und provozieren geradezu einen Streit. Schuld daran sind die Lindener Bäckermeister selber, die es sich gefallen lassen, daß die Rentiers im Vorstande, wie die Herren Herbst, Kahlert, Köfener, sowie die Bäckermeister Sauerbrey und Alpei aus ihrer Organisationsfeindlichkeit heraus mit dem Bäckerverbande einen rein mutwilligen Streit vom Zaune brechen. Mit welcher Unüberlegtheit, das zeigt so recht der § 8 des Innungsstatuts, den die Herren zur Begründung herangezogen haben und auf Grund dessen sie die rentienären Bäckermeister in Strafe nehmen wollen. Der § 8 besagt, daß Zuwiderhandlungen gegen Beschlüsse nur strafbar sind, wenn die Beschlüsse innerhalb der Zuständigkeit der Innung gefaßt wurden. Daß die Innung berechtigt war, den obigen Beschluß zu fassen, das werden doch die dafür verantwortlichen Herren wohl selbst nicht ernstlich glauben; zumal ein solcher Beschluß zunächst der Zustimmung und Mitwirkung des Gesellenausschusses bedarf. Ein Gesellenausschuß existiert aber nicht mehr in Linden und die Herren der Innung haben bisher aus begreiflichen Gründen eine Neuwahl nicht vorgenommen. Zu dieser Versammlung hatte man sich einen Gesellenausschuß ernannt. Weiter sagt dann der § 8 des Innungsstatuts: Beschränkungen hinsichtlich Leistungen oder Annahme von Kunden dürfen den Mitgliedern von der Innung nicht auferlegt werden.

Die Handlungen der Lindener Innungsführer erscheinen überhaupt manchmal recht auffällig. Zur Illustration nur ein Fall: Ein Geselle wird circa 40 Tage im Krankenhause wegen Geschlechtskrankheit behandelt. Nach seiner Entlassung fordert er von der Lindener Bäckerkasse den ihm laut Statut zustehenden Teilbetrag von 35 % pro Tag. Rentier Köfener verweigert das mit der Begründung, er habe sich die Krankheit vorsätzlich zugezogen. Dieser Begründung schloß sich der Innungsvorstand an!

Unsere örtliche Verwaltung hat den in Frage kommenden Lindener Bäckermeistern erklärt, daß sie nach wie vor auf der Einhaltung der tariflichen Bestimmungen besteht, denn alles was der Innungsvorstand erklärt hat, ist ungesetzlich und nur zu Einschüchterung der tariftreuen Meister angeführt.

Ueber weitere Maßnahmen in dieser Sache wird eine Versammlung der Lindener Bäckergefelln beschließen.

**Ein Hefestandal in Leipzig.**

Nach einem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ — die Innungsblätter schweigen wohlweislich darüber — hat es in der Leipziger Hefebezugsvereinigung einen netten Skandal gegeben. Zum Geschäftsführer der „Vereinigung“ hatte man sich den Herrn zweiten Obermeister, Karl Wuttke, ausersehen, der auch sonst in der Innung eine hervorragende Stellung einnimmt. Man hat seine Tätigkeit anscheinend jetzt unter die Lupe genommen und ihm in einer Versammlung der Hefebezugsvereinigung am 20. Februar vorgeworfen, daß er zusammen mit dem Bäckermeister H. Gehre vom Hefesyndikat Gelder angenommen habe. Er, als Beauftragter der Bäckermeister, sei daher nicht mehr in der Lage, die Interessen der Bäckermeister gegenüber dem Syndikat zu vertreten. Er wurde aufgefordert, sein Amt als Vorsitzender niederzulegen. Durch diese Umstände sei es gekommen, daß die Hefe jetzt bedeutend minderwertiger sei als früher, und die Bäcker in ihren Interessen geschädigt worden seien. Herr Wuttke mußte zugeben, daß er im Auftrage der Gegner eine Reise nach Dresden ausgeführt und dafür gegen M. 216 für zwei Tage erhalten hat. Seinem Kollegen H. Gehre, der bis vor kurzem gegen das Syndikat und die Gründung einer Hefebezugsvereinigung in den Versammlungen die fast einzige rednerische Opposition war, hätte Herr Wuttke M. 250 mit den Worten übergeben: Nim, aber frag mich nicht, woher es kommt. Und Herr Gehre nahm, dankte und gab Herrn Wuttke M. 10 Provision für seine Bemühungen. Die Versammlung verlief sehr stürmisch, so daß sie vertagt werden mußte. In der nachfolgenden Versammlung, die am 27. Februar abgehalten wurde, gelangte ein Antrag zur Annahme, der die Einsetzung einer Untersuchungskommission forderte. Die Kommission sollte die Frage erörtern, ob Wuttke und Gehre noch weiter dem Vorstande angehören können. Die Bäckermeister, die diesem Antrag zustimmten, sind heute davon überzeugt, daß der Einfluß der beiden hervorragenden Mittelstandsvertreter etwas weiter reicht, daß die Hefehändler ihrer Existenzen deshalb beraubt wurden, um irgendeinem dieser Herren einen Geschäftsführerposten in der Hefebezugsvereinigung zu sichern. Herr Wuttke ist in den Bezirksversammlungen der Innung bereits aufgefordert worden, seine Ämter in der Innung niederzulegen, da er die Interessen der Bäckermeister verkauft und das Vertrauen, das er als zweiter Vorsitzender genos,

mit Füßen getreten habe. Bis heute ist Herr Wuttke diesem Verlangen nicht nachgegeben. Welches Ende die Sache finden wird, ist noch nicht abzusehen. Jedenfalls ist den Bäckermeistern Vorsicht anzuraten, wenn es nicht wieder so gehen soll, wie vor Jahren in der Einkaufsgenossenschaft der Leipziger Bäckermeister.

**Der Kampf des Hefe-Syndikats.** Der Aufsichtsrat des Hefe-Syndikats hat, wie die letzten Nachrichten lauten, beschlossen, vom 16. April ab die Preise um 3 % für das Pfund in dem Absatzgebiet der neuen Außenfabrik Paul Wulf & Co. m. b. H. in Hamm i. Westfalen herabzusetzen, um diese Firma zu unterbieten. Ferner beschloß der Aufsichtsrat, von dem Syndikatsmitglied, der F. Wulf A.-G. in Berl i. Westf., die Konventionalstrafe von M. 100 000, die auf Beteiligung an einem Außenfabrikunternehmen durch die Satzungen eingeführt ist, einzufordern, obwohl die F. Wulf A.-G. bestreitet, an der Neugründung ihres früheren Vorstandsmitgliedes Paul Wulf mittelbar und unmittelbar beteiligt zu sein.

### Polizei und Gerichte.

**Der schimpfende Bäckermeister.** Bäckermeister Bassilié, Hannover, Hildesheimer Straße Nr. 238, ist sehr häufig Gast vor dem Innungschiedsgericht des Amtes. Früher versuchte er in unserm Verband eine Rolle zu spielen. Als das mißlang und ihm der Ausschluß drohte, trat er schleunigst aus der Organisation aus. — Jetzt traktiert er fast jeden seiner Angestellten mit Schlägen unter Benutzung eines Gummischlauchs. Dieser Tage stand er wieder vor Gericht unter der Beschuldigung, seine Verkäuferin, eine noch recht jugendliche Person, mißhandelt zu haben. Kollege Weber hatte die Vertretung für das junge Mädchen übernommen, auf Antrag des ehemaligen „Verbandsführers“ Bassilié aber wurde ihm die Vertretung unmöglich gemacht. Er führte zur Begründung an, daß die Arbeiterführer von dem Gelde der Arbeiter leben und weiter nichts täten, als die Arbeiter und Arbeiterinnen aufheben, den Meister zu verklagen, und sie dann veranlassen, sich ja nicht um Arbeit zu bemühen. Das wisse er genau, er sei lange in der Arbeiterbewegung tätig gewesen und habe das mit ansehen müssen.

Diese Begründung bezeichnete der Vorsitzende als widerförmig. Er führte aus, daß die Arbeiter sich schönstens bedanken würden, sich solch einem Risiko auszusetzen. Der Kläger müsse doch damit rechnen, daß er abgewiesen würde. Bassilié vertieg sich sogar zu Ungehörlichkeit, Weber als einen „Folterknecht“ und „A...loch“ zu bezeichnen und drohte ihm mit Schlägen. Diese liebevollen Gesinnungsausbrüche haben ihm aber nichts genützt; er muß der Verkäuferin M. 40 Entschädigung zahlen. Was die letztgenannten Ausbrüche anbetrifft, so wird er anderswo Gelegenheit haben, Rechenschaft abzulegen.

### Internationales.

**Der Kampf um das Bäckerschutzgesetz in Oesterreich.** Durch die vorzeitige Auflösung des Parlaments — ein Werk der volksfeindlichen, absolutistischen Bienenher-Regierung — scheint der Kampf um das Schutzgesetz abermals unterbrochen. Diese Gesetzesvorlage trifft das gleiche Schicksal wie viele andern bereits halbfertigen Gesetze — darunter auch die Sozialversicherung —, die alle infolge der Auflösung des Abgeordnetenhauses in den Brunnen fielen. Wohl setzt der Arbeitsbeirat, eine Institution im kaiserlich königlichen Handelsministerium, dem unser Gesetzentwurf seitens des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses zur Begutachtung zugewiesen wurde, seine Beratungen diesbezüglich fort; aber unverkennlich wird der weitere Fortgang dieser wichtigen Gesetzesvorlage durch die plötzliche Wendung der politischen Situation eine beträchtliche Stockung erleiden. Die Feinde jeglichen sozialen Fortschritts, und zu denen gehört die Bourgeoisie in Oesterreich fast gänzlich, sehen sich somit eine Zeitlang wenigstens außer Gefahr. Aber was vermag dieses ängstliche Stimmen und künstliche Bremsen der reaktionären Masse gegen die zwingenden sozialen Notwendigkeiten? Sie setzen sich dennoch mit elementarer Kraft durch, ob früher oder später! Daß es so wird, dafür werden die klassenbewußten Bäckereiarbeiter und mit ihnen die ganze Sozialdemokratie als politische Partei der Arbeiter zu sorgen wissen.

Derzeit soll der Gewerbeausschuß im Arbeitsbeirat einen Bericht über die im Juni des Vorjahres regierungsseitig einberufene Enquete betreffs Beschaffung der Arbeitszeit im Bäckergewerbe erstatten, und als Referent für die Arbeitnehmer wurde hierzu unser Genosse Silberer bestimmt. Dieser entledigte sich der ihm übertragenen Aufgabe, im Gegensatz zum Berichterstatter für die Arbeitgeber (ein christlich-sozialer Genossenschaftsvorsteher namens Stary), durch Anwendung eines außerordentlichen Fleißes und Sachlichkeit, um so auf die gewissenhafteste Art und Weise die Notwendigkeit der Schaffung eines gesetzlichen Maximalarbeits-tages im Bäckergewerbe von allen Seiten darzutun. Sein Bericht wurde an den Arbeitsbeirat bereits abgeschickt, und nun erwarten wir, daß demnächst der Gewerbeausschuß des Arbeitsrates zur Sitzung einberufen wird. So wird selbst in der gegenwärtig parlamentslosen Zeit hoffentlich der Weg für das Werden des Bäckerschutzgesetzes geebnet.

### Sozialpolitisches.

**An die Vorstände der Krankenkassen sowie deren Vereinigungen im Deutschen Reich!**

Laut den Beschlüssen der Reichskommission der Krankenkassen vom 25. März 1911 und der Reichskonferenz der Krankenkassen-Vereinigungen im Deutschen Reich vom 26. März 1911 berufen wir hiermit den VI. Allgemeinen

**Krankenkassenkongress zum Sonntag, den 30. April 1911, vormittags 10 Uhr, nach Berlin, „Neue Welt“, Gasenheide 108/114, ein.**

**Tagesordnung:** 1. Die Reichsversicherungsordnung (Krankenversicherung) nach der dritten Lesung der 16. Kommission des Reichstages. 2. Die Familienversicherung in den Krankenkassen als Mittel zur Bekämpfung der Volkskrankheiten. 3. Praktische Verwaltungsfragen auf dem Gebiete der Krankenversicherung.

Wir ersuchen die geehrten Kassenvorstände, unverzüglich hierzu Stellung zu nehmen, Delegierte zu wählen und den Kongress zu beschicken. Der Kongressbeitrag beträgt für jeden Kongressmitgliednehmer M. 6. Es werden an die einzelnen Kassen auch noch schriftliche Einladungen ergehen.

Berlin, Engelshof 15, den 30. März 1911.

**Zentrale für das Deutsche Krankenkassenwesen.**  
E. S i m a n o w s k i, Vorsitzender.

**Bäckerlehrlinge als Postgehilfen.** Ein jedenfalls sehr originelles Anerbieten hat, wie wir dem „Hamburger Echo“ entnehmen, eine Reichsbehörde, die „kaiserliche“ Postverwaltung in Plauen i. V. der dortigen Bäckerinnung durch folgendes Schreiben gemacht:

An die Bäckerinnung  
a. H. des Herrn Obermeister Dübler, hier, Leisingstraße 151.

Bei dem hiesigen Postamt werden junge Leute über 16 Jahre als sogenannte Klebegehilfen benötigt, die werktätig in der Zeit von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr die ausgelieferten Pakete mit Nummern zu bekleben haben, wofür eine Vergütung bis zu 40 % gewährt wird.

In der Annahme, daß im Bäckergewerbe die Lehrlinge in den Abendstunden abkömmlich sind und daß verschiedene davon die Gelegenheit, sich einen kleinen Nebenverdienst zu erwerben, gern ergreifen, werden Sie um gefl. Mitteilung gebeten, ob Bäckerlehrlinge vorhanden sind, die zu dem erwähnten Zweck eingestellt werden können. Bejahendensfalls wird gleichzeitig ersucht, sie anzuweisen, sich in der Kanzlei des Hauptpostamts zu melden.

Bedingungen für die Annahme sind: Vollendung des 16. Lebensjahres, einwandfreier Ruf und die Bereitwilligkeit, der übernommenen Verpflichtung jederzeit pünktlich und gewissenhaft nachzukommen. (Unterschrift.)

Treffend bemerkt das „Echo“ dazu: „Unzweifelhaft gehört der Bäckerberuf mit zu denjenigen, in welchen die Arbeitskräfte am meisten ausgenützt werden. Der Kritik unseres Genossen Bebel im Reichstage ist es zu danken, daß der Bundesrat Verordnungen erlassen hat, womit die Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge etwas eingeschränkt worden ist. Von einer geregelten Ruhezeit ist auch jetzt in diesem Berufe noch keine Rede. Das Postamt in Plauen scheint aber der Meinung zu sein, daß die Bäckerlehrlinge die Langeweile plagt und sie nach Nebenbeschäftigung lechzen. Die Bäckerinnung hat das originelle Schreiben gar nicht beantwortet. Unsere Lehrlinge dürfen wir so schon nicht nach unserm Geschmack ausnützen, sagen sie. Würden sie auf dem Postamt noch müde gemacht, dann nützen sie uns noch weniger. Man sollte es nicht für möglich halten, daß eine Reichsbehörde jugendliche Leute, die des Nachts und frühzeitig schwere Arbeit verrichten müssen, auch noch in ihre Dienste spannen will. Hier hat die Eifersucht der Meister die Lehrlinge vor der Nebenausbeutung bewahrt.“

### Die Kommissionsberatungen der Reichsversicherungsordnung sind beendet!

Jetzt endlich ist die Kommission mit der Beratung des Entwurfes fertig. Im weiteren Verlauf der dritten Lesung wurden nur noch redaktionelle Änderungen vorgenommen. Die Zahl dieser Änderungen ist sehr groß, trotzdem ist die Fassung des Gesetzes auch jetzt noch nicht so klar und frei von Widersprüchen, wie es bei einem derartigen umfangreichen und wichtigen Gesetz unbedingt gefordert werden muß. Bei allen solchen Gelegenheiten zeigt sich immer und immer wieder der Mangel der gegenwärtigen Gesetzgebung. Im Reichstage ist nicht eine in sich geschlossene einheitliche Mehrheit maßgebend, sondern jedes Gesetz ist das Resultat eines Kompromisses zwischen Parteien, die in vielen Punkten ganz entgegengesetzter Anschauung sind. Das ist der Grund dafür, daß die wichtigsten Gesetze oft genug die schlimmsten Widersprüche enthalten. Dieser Mißstand zeigt sich um so schärfer bei der Reichsversicherungsordnung, wie sie jetzt gestaltet ist, weil in der dritten Lesung das Zentrum bei einzelnen Abschnitten die Hand selbst zu solchen Verschlechterungen geboten hat, die in den früheren Abschnitten bereits abgelehnt worden sind. So sind die Bestimmungen über die Landkrankenstellen noch viel arbeiterfeindlicher als die über die Ortskrankenstellen. Die Konservativen haben eben Wert darauf gelegt, den Landarbeitern die allerungünstigsten Bestimmungen aufzuerlegen, und das Zentrum hat diesen Anforderungen nachgegeben.

Im ganzen freilich waren bei allen Kompromißparteien, also sowohl bei den Konservativen als auch beim Zentrum und bei den Nationalliberalen, durchaus arbeiterfeindliche Bestrebungen entscheidend. Je länger sich die Verhandlung hingezogen hat, um so deutlicher trat es zutage, daß diese Parteien die wirklichen Verbesserungen der Arbeiterversicherung aufs äußerste einschränkten und vor allen Dingen darauf bedacht waren, die Entrechtung der Arbeiter in der Krankenversicherung gründlich zu besorgen. Das Resultat ist denn auch ganz nach dem Herzen der schlimmsten Scharfmacher. Es ist sogar schlimmer, als es nach der Regierungsvorlage zu erwarten war. Die Regierungsvorlage wollte zwar auch die Rechte der Arbeiter in der Verwaltung der Krankenkassen verschlechtern, als Entgelt dafür aber sollte den Arbeitern eine Entlastung in den Beiträgen für die Krankenversicherung zugesprochen werden. Die Kompromißparteien haben sich damit begnügt, nur den einen Teil dieses Programms durchzuführen, den Arbeitern die letzten Rechte in der Verwaltung der Krankenkassen zu entreißen, dagegen die Belastung der Arbeiter durch die Beiträge für die Krankenversicherung in keiner Weise zu vermindern.

Auch die Sozialdemokraten haben die Halbierung der Beiträge abgelehnt; aber nicht deshalb, weil sie gegen eine

Entlastung der Arbeiter waren, sondern einzig und allein deshalb, weil die Entlastung nach der Regierungsvorlage die Voraussetzungen für die Entrechtung der Arbeiter sein sollte. Darüber durften die Sozialdemokraten nicht den geringsten Zweifel lassen, daß die Arbeiterschaft sich unter keinen Umständen ihre Rechte abtaufen läßt. Deshalb war es für die Sozialdemokraten selbstverständlich, daß sie unter diesen Umständen eine Veränderung in der Verteilung der Beiträge ablehnen mußten, damit sie um so nachdrücklicher die Entrechtung der Arbeiter in der Leitung der Krankenkassen bekämpfen konnten. Das haben sie denn auch mit dem nötigen Nachdruck getan. Sie konnten nachweisen, daß alle Beschwerden, welche die Gegner gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen vorbrachten, zum Teil auf unwarhen Angaben beruhten; soweit sie aber berechtigt waren, in keiner Weise die Entrechtung der Arbeiter rechtfertigen können. Das, was viel mehr in dieser Beziehung in Betracht kam, war einzig und allein die Notwendigkeit, gewisse Kontrollmaßnahmen zur Durchführung zu bringen. Die Entrechtung der Arbeiter erfolgt nicht, weil sich das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter zu wenig, sondern weil es sich zu gut bewährt hat. Die gegenwärtige Entwicklung der Krankenversicherung unter der Leitung der Arbeiter erschien unsern Gegnern unerträglich, weil dadurch die Arbeiter den Beweis lieferten, daß sie selbst ihre Angelegenheiten am besten verwalten, einer Bevormundung durch die herrschenden Klassen nicht bedürftig sind. Die schwere Verschlechterung kann auch durch die geringen Verbesserungen der Arbeiterversicherung nicht ausgeglichen werden. Die jetzige Arbeiterversicherung ist so mangelhaft, daß keine Reform denkbar war, bei der nicht eine ganze Reihe von Verbesserungen in nebensächlichen Punkten vorgekommen würden. Dies ist denn auch geschehen; in allen wichtigen Punkten aber konnten unsere Genossen in der Kommission die notwendigen Verbesserungen nicht erreichen. So sind die Leistungen der Arbeiterversicherung fast durchweg unverändert geblieben. Selbst die ganz ungenügende Invalidenrente ist nur um ein Geringfügiges erhöht worden, so daß nach wie vor die Arbeiterinvaliden eine ganz ungenügende Unterstützung erhalten. Die Witwen- und Waisenversicherung ist nach den Vorschlägen des Regierungsentwurfs angenommen worden, obgleich in der Kommission anerkannt werden mußte, daß die Renten in den meisten Fällen geringer sein werden als die Armenunterstützung. Ganz besonders schwer werden es die Arbeiter aber empfinden, daß an der Leitung der Berufsgenossenschaften in der Unfallversicherung gar nichts geändert worden ist. Hier bleiben die Arbeitgeber allein nach wie vor maßgebend; die arbeiterfeindliche Praxis wird auch fernerhin die armen verunglückten Arbeiter aufs äußerste drücken.

Nach den Osterferien wird die Vorlage im Plenum des Reichstages zur Beratung kommen. Hier wird es sich zeigen, ob die bürgerlichen Parteien es wagen werden, die Vorlage wirklich mit all ihren arbeiterfeindlichen Bestimmungen anzunehmen. Die Sozialdemokraten werden sich bemühen, auch bei dieser Gelegenheit die Rechte der Arbeiter aufs entscheidendste zu vertreten. Die Hauptfrage aber wird sein, daß die Arbeiter selbst nicht ruhen, daß sie überall die arbeiterfeindlichen Bestimmungen des Entwurfes besprechen, gegen sie protestieren und ihre Forderungen auf Verbesserung der Vorlage stellen. Mögen sich hieran auch die Leser unseres Blattes eifrig beteiligen.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

**Mühlensarbeiterstreik.** Die Mühlensarbeiter der Firma Sinner in Grömming haben wegen Tarifdifferenzen die Kündigung eingereicht. Diese Firma betreibt außer einer großen Brauerei, Brennerei und Preßhefefabrikation auch einen Mühlenbetrieb, in dem gegen 50 Arbeiter beschäftigt sind. Die Löhne der Mühlensarbeiter schwanken zwischen 25 % und 43 % pro Stunde; 40 % und darüber haben nur sechs Arbeiter. Im Jahre 1906 wurde wohl in einem Tarifvertrag die zehnstündige Arbeitszeit vereinbart, aber der größte Teil der Mühlensarbeiter mußte bis jetzt täglich zwölf Stunden arbeiten, ohne für die Ueberzeit etwas bezahlt zu bekommen.

Bei der jetzigen Tarifverhandlung mit dem Brauerei- und Mühlensarbeiterverband hat nun die Firma das Angebot gemacht, für die zwei Stunden Ueberarbeit eine halbe Stunde zu bezahlen, anderthalb Stunden sollte immer noch gratis gearbeitet werden. Das lehnten die Arbeiter ab. Nun zog die Firma auch dieses Zugeständnis zurück; daraufhin haben die Mühlensarbeiter die Kündigung eingereicht.

Die Firma hat im letzten Jahre M. 1 148 750 Gewinn aus ihren diversen Betrieben erzielt und 12 pSt. Dividende verteilt. Außerdem hat sie M. 250 000 in Reserve gestellt, um bei der in Aussicht stehenden Auflösung des Hefe-Syndikats, in dem sie die erste Geige spielt, die Konkurrenz zu bekämpfen; aber von ihren schlecht entlohnten Arbeitern verlangt sie Arbeit umsonst. Bezug ist fernzuhalten.

### Der Brauerei- und Mühlensarbeiterverband im Jahre 1910.

Nach dem Jahresbericht des Verbandes, dem seit 1910 die Mühlensarbeiter angeschlossen sind, war die Entwicklung der Organisation in jeder Beziehung eine erfreuliche. Die Agitation wurde zwar sehr beeinträchtigt und deren Erfolge zum großen Teil illusorisch gemacht durch die Nachwehen der vom Schnapsblock beschlossenen Brausteuererhöhung im Jahre 1909 bzw. durch die erhebliche Verminderung des Bierkonsums und der Produktion. Ueber den Winter 1909/10 blieb den Arbeitern auf Grund der Vereinbarungen des Brauereiarbeiterverbandes mit den Unternehmerorganisationen zum größten Teil ihre Arbeitsgelegenheit erhalten; dann aber traten die Folgen der Brausteuererhöhung ein und rücksichtslos wurde die Arbeiterzahl verringert. Mehrere Tausend verloren ihre Arbeitsstelle. Trotzdem beträgt die Zunahme an Mitgliedern 3373, mit den angeschlossenen Mühlensarbeitern zusammen 7407, so daß sich der Mitgliederbestand von 33 896 auf 41 303 erhöhte.

Die Finanzverhältnisse entwickelten sich in gleich erfreuliche Weise. Die Einnahmen der Hauptkasse stiegen von M. 784 618 im Jahre 1909 auf M. 978 950 im Jahre 1910. In dieser Summe sind enthalten rund M. 76 748 Bestand vom

Mühlenerbeiterverband. Diese abgerechnet, betrug die Mehreinnahme immer noch rund M. 118000. Die Einnahmen an Beiträgen stiegen von M. 753118 im Jahre 1909 auf M. 856425 im Jahre 1910, die Gesamtausgaben von M. 602566 auf M. 743560. Das Vermögen einschließlich des in den Lokalfassen stieg von M. 904200 auf M. 1209265, davon in der Hauptkassa M. 1006295. — An Unterstützungen wurden ausbezahlt M. 347700 gegen M. 286276 im Vorjahre. Die größten Summen an Unterstützungen entfallen 1910 auf Krankenunterstützung M. 139128, Streifunterstützung M. 111000, Arbeitslosenunterstützung M. 48525.

Auch in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat der Verband im Jahre 1910 recht Ansehnliches geleistet. Lohnerhöhung wurde erzielt für 26759 Personen pro Woche rund M. 49000, Arbeitszeitverkürzung für 19902 Personen pro Woche rund 65000 Stunden; Verbesserung in der Bezahlung der Ueberstunden für 16694 Personen, in der Bezahlung der Sonntagsarbeit für 18733 Personen, an sonstigen Verbesserungen verschiedener Art nehmen teil 27054 Personen. Außerdem wurde Urlaub ohne Lohnabzug neu eingeführt in 384 Betrieben für 9047 Personen, schon bestehender Urlaub verbessert in 190 Betrieben für 12421 Personen.

Tarifverträge wurden 306 abgeschlossen, und zwar für 768 Betriebe mit 28802 Personen; darunter entfallen auf neue Tarifverträge 133 für 4175 Personen, Tarifverneuerungen 173 für 22627 Personen.

Die gesamten Lohnbewegungen umfaßten 782 Brauereien, 90 Bierneiederlagen, 28 Malzfabriken, 10 Brennereien und 4 andere Betriebe. Durch Verhandlungen wurden 284 Lohnbewegungen erledigt, durch Streiks 46, die 67 Betriebe mit 1446 Personen betrafen. Von den Streiks endeten 27 mit vollem, 13 mit teilweisem, 6 ohne Erfolg.

Die vorstehenden Ergebnisse der Lohnbewegungen und Streiks beziehen sich nur auf die Arbeiter und Betriebsgruppen im Bereiche des früheren Brauereiarbeiterverbandes. Auf die Mühlenarbeiter entfallen 1910 42 Lohnbewegungen für 1293 Personen. Durch Verhandlung wurden die Forderungen für 1150, durch Streiks für 143 Personen erledigt; ein Streik war erfolglos. Erreicht wurden an Arbeitszeitverkürzung für 345 Personen 2255 Stunden pro Woche, Lohnerhöhung für 1008 Personen M. 1953 pro Woche, sonstige Verbesserungen für 1440 Personen. Tarifverträge wurden acht abgeschlossen für 406 Personen. — Seit dem Zusammenbruch beider Verbände ist auch ein weit regeres Leben unter den Mühlenarbeitern zu verzeichnen, und nach den bisherigen Ergebnissen zu schließen, wird der Fortschritt auch im laufenden Jahre befriedigend sein.

Politische Rundschau.

Aus dem Reichstag. Die Abgeordneten stehen, die Ferien erwartend, im Plenumsaal; den Verhandlungen folgen nur wenige; sie bringen ihre Papiere und sonstigen Drucksachen in Ordnung. Die Beratungen haben eine Form angenommen, die keinen Zweifel darüber läßt, daß die Reden weniger zur Sache selbst als wegen der kommenden Wahlen gehalten werden. Jede Partei sucht eben zu retten oder zu erringen, was möglich ist. Es ist bei der dritten Lesung des Stats kaum möglich, neue Gedanken vorzutragen — es werden alte unterfritten, wiederholt und ergänzt. Die Regierung rechtfertigt sich gegenüber Kritiken ebenso wie bei der zweiten Lesung, d. h. lahm, lendenlahm. Bethmann geht nicht aus sich heraus; vielleicht wird es nach dem 13. Juli 1911 besser — an dem Tage ist er zwei Jahre in göttgewollter Abhängigkeit Inhaber des Kanzleramtes. Vielleicht bilden diese zwei Jahre eine Karenzzeit; hat der Kanzler sie hinter sich, so wird er hoffentlich mehr aus sich herausgehen. An Gelegenheit wird es ja eigentlich nicht fehlen — sind doch große und wichtige Gesetzesvorlagen zur endgültigen Beratung vorbereitet. Jedenfalls wird er aber auch dann noch sein, „der erste Beamte des Reiches mit moralischem Verantwortlichkeitsgefühl“, oder er wird sein: ein treuer Diener seines gnädigen oder auch seines ungekrönten, aber strengen Herrn. Doch, ob so oder so, allzulange wird er hoffentlich nicht sein.

Der Abgeordnete Ledebour (Soz.) faßte alle jene Punkte zusammen, welche zu berechtigter Kritik des ganzen Regierungssystems herausfordern und wird dabei auch von Angehörigen der linksstehenden bürgerlichen Parteien unterstützt — trotzdem dieselben keinen Grund oder Verpflichtung empfinden konnten, dem Redner sich dankbar zu zeigen, denn auch sie mußten manchen Wermutstropfen schlürfen. Redner tadelt das späte Erscheinen des Stats, das dazu führt, daß der Reichstag gegenwärtig in einem g e s e h l o s e n Zustande sich befindet. Ebenso das späte Zusammentreten des Reichstages selbst, das gegenwärtige Diktatengesetz mit seiner Lausendmarprämie, die die Ursache zur Durchpeitschung der wichtigsten Fragen ist, die Wahlkreiseinteilung, die Wahlen und das Wahlgesetz, die Wahlurnen, das Schnüffeln mancher Wahlvorsteher, die Scharfmacherrede des Reichskanzlers, die Stichwahlparole der Freisinnigen, die Haltung der Liberalen und die Täuschung des Volkes von seiten der Konservativen und seiner schwarzen Wochbrüder usw. Er verlangt Aenderung des Seebeuterechtes nach dem Willen des Friedenverlangenden Volkes, nimmt die Tätigkeit der kapitalistischen Ringbindungen unter die Fegsel und macht den Regierungsvertretern zum Vorwurf, daß sie indirekt den Ringen zum Monopol verhelfen, um den Volksausbeutern vollen Erfolg zu sichern. Die Rede war eine scharfe Abrechnung mit der Regierung hinsichtlich ihrer Aus- und Inlandpolitik.

Der Genosse David führte offen und scharf Kritik an den Praktiken des Norddeutschen Lloyd, der mit Hilfe des Reiches es verstehe, in geradezu skandalöser Weise Reisende auszunutzen und sie an Geld und Freiheit zu schädigen. Hornaun (Sp.) nimmt den Norddeutschen Lloyd in Schutz, kann aber die vorgebrachten Fälle nicht als unwahr bezeichnen, sondern nur entschuldigen.

Dem Abgeordneten Hengsbach (Soz.) war es vorbehalten, Arbeiterfragen und Arbeiterrecht zu verteidigen und zu fördern, was er mit großem Eifer erfüllte. Es war ihm möglich, den Terrorismus der Unternehmer und der dieselben stützenden Behörden hell zu beleuchten.

Nach ihm kam noch Camp (Sp.), Staatssekretär Delbrück, Vogel (Mit.) und Giesberts (Ztr.).

Ihre Reden waren auf den Ton gestimmt: Es ist so schön, es ist so gut usw. Der Abgeordnete S a c h s e (Soz.) nahm deshalb Veranlassung, das Recht der Unterdrückten nochmals zu verteidigen.

Ein harter Kampf entstand zuletzt noch zwischen dem Abgeordneten Severing (Soz.) und dem Marineminister. Den Mittelpunkt des Streites lieferte eine tendenziös entstellte Berichterstattung von seiten amtlicher Organe und die viel umfrittene Heizerzulage. Severing kämpfte diesmal als Arbeitervertreter nicht umsonst. Die Heizer bekommen ihre Zulage — eine minimale Aufbesserung, die aber ohne Kampf nicht zu erreichen war.

Humoristisch wirkte zum Schluß noch eine seitens der Polen irrthümliche Abstimmung über die Ostmarkenzulage. Einen Bravourauf verdienten sich verschiedene Redner durch ihre Bescheidenheit, indem sie aufs Wort verzichteten. Dann ging's in die Osterferien.

Allgemeine Rundschau.

Der Zuckerverbrauch im Deutschen Reich und in der Welt. Im Jahre 1910 hat sich der Verbrauch von Zucker in Deutschland zu einer Höhe entwickelt, wie noch nie zuvor, obgleich sein Preis durchschnittlich höher stand als im Vorjahre. Die nachstehenden Zahlen ergeben einen Vergleich zwischen 1910 und den fünf früheren Jahren:

Table with 3 columns: Year, In den freien Verkehr kamen Zentner, Demnach weniger gegen 1910 Zentner. Rows for years 1910-1905.

Trotz dieses großen Verbrauches im Jahre 1910, der besonders auf die zunehmende Verarbeitung in der Industrie, vor allen der unseren, zurückzuführen ist, kommt auf den Kopf der Bevölkerung immer erst die Hälfte des Quantums als in England. Eine bedeutende Steigerung des deutschen Verbrauches ist noch zu erhoffen, sobald die versprochene aber wieder bis zum Jahre 1914 hinausgeschobene Herabsetzung der Inlandverbrauchssteuer in Kraft tritt.

In allen hauptsächlich in Betracht kommenden Ländern wurden nach der „Magd. Ztg.“ im Jahre 1910 folgende Mengen in den Konsum übergeführt (in Millionen Zentnern):

Table with 2 columns: Country, Quantity in millions of centners. Rows for Nordamerika, England, Deutschland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Belgien und Holland.

Zusammen... 137,24

Der Weltverbrauch hat sich demnach durchweg im letzten Jahre gleichfalls höher gestellt als in den Vorjahren. Das Jahr 1909 wurde um 1590000 Ztr. überschritten, das Jahr 1908 um 6680000 Ztr., das Jahr 1907 um 9240000 Ztr. und das Jahr 1906 um 10820000 Ztr.

Für die Arbeiterinnen.

Das Verbot der Nachtarbeit der Frauen in Fabriken in Belgien, das die belgische Regierung durch Unterzeichnung der Berner Konvention vom 26. September 1906 in ihrem Lande durchzuführen versprochen hat, soll jetzt endlich verwirklicht werden; am 29. März ist ein hierauf bezüglicher Gesetzesentwurf dem Parlament zugegangen.

Die Frau in der Krankenversicherung. Zu den auffälligsten Erscheinungen in der Statistik der Krankenversicherung gehört die enorme Steigerung der Zahl der weiblichen Versicherten. Bei sämtlichen Orts-, Betriebs-, Innungs- und Krankenkassen usw. zusammen stieg von 1885 auf 1909 die Zahl der männlichen Mitglieder von 3 1/2 auf 9 Millionen, das ist ungefähr das zweieinhalbfache. Von 1905 auf 1909 beträgt die Steigerung 725 581 Mitglieder oder 8,7 pZt. Noch viel stärker wuchs aber infolge der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen die Zahl der weiblichen Mitglieder an, nämlich von rund 1/4 Millionen im Jahre 1885 auf 3,4 Millionen im Jahre 1909 oder auf mehr als das vierfache. Das Anwachsen der weiblichen Mitglieder hat auch in den letzten Jahren noch in gleichem Maße fortgedauert; seit 1905 belief sich ihre Zunahme auf 609 728 oder 21,5 pZt. Im ganzen verschob sich das Verhältnis von männlichen zu weiblichen Mitgliedern zugunsten der letzteren. Auf 100 männliche Mitglieder entfielen 1885: 22,2 weibliche, 1905: 33,9 und 1909: 38,0. Im stärksten ist die Zahl der weiblichen Mitglieder bei den Gemeindefrankenversicherungen, bei denen vorwiegend die landwirtschaftlichen Arbeiter versichert sind. Bei diesen kamen 1909 auf 100 männliche 54,4 weibliche Mitglieder. Bei den Ortskrankenkassen waren es 47,0 (darunter viele freiwillige Mitglieder), bei den Betriebskrankenkassen 26,1 und bei den Innungskrankenkassen 19,9.

Interessant ist die Verteilung der weiblichen Mitglieder auf die einzelnen Landesteile. Es kamen auf 1000 weibliche Einwohner weibliche Versicherte: in Berlin 274, Königreich Sachsen 214, Baden 173, Württemberg 88, Bayern 101, Provinz Schlesien 79, Provinz Ostpreußen 36, Provinz Posen 24, Schaumburg-Lippe 16. Man sieht, daß in den großen Industriezentren die Zahl der beschäftigten Frauen noch bedeutend größer ist als auf dem Lande in der Landwirtschaft.

Genossenschaftliches.

Unsern Genossenschaftsstativ hat, außer den bisher bekanntgegebenen Vereinen, noch anerkannt: Konsumverein F a h r n a u in Baden. Das sind nun insgesamt 166 tarif-

treue Vereine, welche zusammen 183 Bäckmeister und 1900 Bäcker beschäftigen.

Ein genossenschaftliches Unternehmen auf dem Fahrradmarkt. In der Hauptsache ist die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften auch heute noch auf den genossenschaftlichen Bezug und Vertrieb von Lebens- und Genutzmitteln für ihre Mitglieder beschränkt; der Vertrieb zahlreicher Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens befindet sich noch in den Händen des wirtschaftlich rückständigen und daher preisverteuernden wirkenden Kleinhandels, obgleich der Massenbedarf an einzelnen dieser Gebrauchsgegenstände in den Kreisen der Arbeiterschaft zum genossenschaftlichen Bezug und Vertrieb geradezu drängt.

So zum Beispiel das Fahrrad, das heute mit seinen Zubehörteilen eine ungeheure Industrie beschäftigt und samt Zubehör fast nur in Arbeiterkreisen Absatz findet, dessen Höhe sicherlich nach Millionen von Mark bewertet werden kann.

Der Gedanke, diesen Millionenumsatz in genossenschaftliche Bahnen zu lenken, mußte ja sehr nahe liegen, und tatsächlich hat auch die Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine vor einigen Jahren den Vertrieb von Fahrrädern, wenn auch ohne besonders ermutigenden Erfolg, mit übernommen. Mit besserem Erfolge als die Groß-Einkaufs-Gesellschaft hat sich eine andere Arbeiterorganisation auf diesem Gebiete betätigt. Bekanntlich hatte sich vor einigen Jahren schon in Berlin eine Anzahl Arbeiter zusammengeschlossen, um den genossenschaftlichen Bezug, eventuell auch Herstellung und Vertrieb von Fahrrädern und dazu gehöriger Artikel und Ersatzteile in die Wege zu leiten und hierdurch die im Handel bestehenden Mißstände, die eine schwere Schädigung der Konsumenten bedingten, zu beseitigen. Das Unternehmen fand bei den radfahrenden Arbeitern lebhaften Anklang und erfreute sich bald eines regen Zuspruchs, um so mehr, als es sich das Prinzip der Konsumvereine: „Reelle und gute Ware zu billigen Preisen“ zu eigen gemacht und außerdem aber auch in der größten der bestehenden Radfahrerorganisationen, dem Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ mit seinen 180 000 Mitgliedern, einen eifrigen Förderer und in finanzieller Hinsicht kräftigen Rückhalt fand. Aus kleinsten Anfängen heraus hat sich das Unternehmen emporgearbeitet, und der Umsatz, der 1905 erst M. 12 000 betrug, hat sich 1906 auf M. 36 000, 1907 auf M. 48 000, 1908 auf M. 188 000 und 1909 auf M. 291 000 gehoben; im Jahre 1910 erreichte der Umsatz die Summe von rund M. 600 000. Ohne Zweifel dürfte der Umsatz auf einige Millionen Mark gesteigert werden können, wenn es gelänge, alle radfahrenden Arbeiter, deren Zahl in Deutschland auf mehrere Hunderttausend zu schätzen ist, zur Deckung ihres Bedarfs bei dem von organisierten Arbeitern ins Leben gerufenen und geleiteten Unternehmen zu veranlassen.

Bis Ende 1910 war das Unternehmen selbständige Genossenschaft, deren Ueberschüsse jedoch dem Arbeiter-Radfahrer-Bunde „Solidarität“ zufließen; die letzte Generalversammlung des Bundes hat in Erkenntnis seines hohen Wertes für die Arbeiter-Radfahrer die Uebernahme mit Aktien und Passiven in die Verwaltung des Bundes beschlossen. Der Sitz des Geschäftes, der sich bisher in Berlin befand, wurde demgemäß an den Sitz der Bundesverwaltung, der sich in Offenbach a. M. befindet, verlegt. Die Verlegung ist im Februar 1911 vollzogen worden, nachdem dortselbst sowohl für die Bundesverwaltung wie für das Geschäft durch die Opferwilligkeit der Bundesangehörigen auf eigenem Grund und Boden ein eigenes Gebäude errichtet worden war, dessen Umfang auf eine erhebliche Ausdehnung des Betriebes zugeschnitten ist, in dem später auch die Selbstproduktion einiger Artikel betrieben werden wird.

In seiner neuen Gestaltung und im eigenen Hause wird die Leitung des Unternehmens noch mehr als bisher bestrebt sein, auf dem beschränkten Wege weiter vorwärts zu schreiten und der Genossenschaftsidee auf diesem Gebiete das Feld vollständig zu erobern.

Neben dem Hauptgeschäft in Offenbach a. M., das hauptsächlich Versandgeschäft ist, bestehen größere Filialen mit Reparaturwerkstätten in Offenbach a. M., München, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Hannover, Dresden, Leipzig, Breslau, Berlin (2), Hamburg, Kiel, Magdeburg; ferner kleinere Niederlagen in über 100 Städten Deutschlands. Das Geschäft ist also ziemlich umfangreich, weit verzweigt und bietet allen Arbeiter-Radfahrern Deutschlands die Möglichkeit, ihren Bedarf an allen einschlägigen Artikeln ohne Mühe an eigenen Orte oder in nächster Nähe zu decken.

Zurzeit sind in dem Unternehmen, das noch am Anfange seiner Entwicklung steht, im ganzen circa 50 Personen beschäftigt, und zwar unter Bedingungen, die den Forderungen der organisierten Arbeiterschaft durchaus entsprechen. Der erzielte Gewinn fließt den Unterstützungs-fonds des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ zu.

Wie das Unternehmen heute nach kurzer Zeit seines Bestehens dasteht, zeigt es uns, was die Opferwilligkeit, Einigkeit und ernstes Streben zum Besten der Allgemeinheit vollbringen können. Möge es blühen und gedeihen und im neuen Jahre in seinem neuen Heim die Unterstützung und Förderung finden, die es in Würdigung seiner Grund-sätze und seiner Ziele in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft wirklich verdient.

Technische Rundschau.

Bericht über die Prüfung einer Universal-Schrotmühle mit Doppelrundsichter von Jakob Milling & Söhne in Dufflingen.

Die genannte Mühle soll in ausgezeichnete Weise den Bedürfnissen der Landwirte entsprechen, da sie vermöge ihrer feiner Schärung bedürftenden und sich kaum abnützbaren Mahlsteine mit verhältnismäßig geringem Kraftverbrauch bestes Schrot jeder gewünschten Feinheit und durch Sieben auch feinstes Backmehl liefert.

Zur Prüfung dieser Ansprüche wurde die Mühle der Maschinenprüfstation des landwirtschaftlichen Vereins

für die Rheinprovinz übergeben und in der Werkstätte der landwirtschaftlichen Akademie Bonn-Poppelsdorf durch Drehstrommotor betrieben.

In ihrer nachstehenden Beschreibung mögen Zahlen ohne Zusatz Millimeter bedeuten. Die zu mahelnden Körner schüttert man in einen 570 hohen Trichter aus Eisenblech. Seine obere Oeffnung ist viereckig, 420:420, die untere 115:57. Letztere verschließt eine oben an die Vorderwand des Trichters befestigte federnde Blechtafel, die sich dicht zwischen den Seitenwänden bewegt und unten durch eine Schraubenspindel mit Handrad gegen die Hinterwand gedrückt wird.

Vom Spalt fallen die Körner durch einen im ruhenden Stein befestigten Trichter zwischen die senkrecht stehenden Mahlfächer von 300 äußerem und 150 innerem Durchmesser. Letztere haben etwas gegen den Radius geneigte Vertiefungen und bestehen aus in eine Grundmasse eingebetteten scharfkantigen Steinen härtester Art.

Der laufende Stein sitzt an dem einen Ende einer waagrecht, durch Riemenscheibe von 250 Durchmesser und 125 Breite vom Motor mit 700 minutlichen Umdrehungen angetriebenen Welle. Diese dreht sich in zwei Lagern mit Ringlagerung von 85 Durchmesser und 150 Länge. Ihr anderes Ende stützt an das mit Bronze gedeckte Ende einer zweifach gelagerten Schraubenspindel mit Handrad, durch dessen Drehung die Welle verschoben und der Abstand der Mahlfächer vermindert werden kann.

Die äußere Gussförmige der Mahlfächer und die übrigen Teile der Mühle werden durch ein schweres Gussstück mit ebener Grundfläche getragen. Diese ruht auf einem 1250 hohen, 950 langen und 720 breiten viereckigen Gerüst aus 80:80 starken durch Schraubenbolzen und Bretter zusammengehaltenen Hölzern, die oben einen Kasten bilden.

Das zweite Ende des bei der Feder spannenden Lederstreifens ist an einem runden im Gestell drehbar gelagerten Holz mit Handgriff und Sperrad befestigt und kann so mehr oder weniger angezogen werden.

Handhabung. Will man Schrot mahlen, so werden die Siebe und die sie treibenden Riemen entfernt, ferner wird der Abstand der Mahlfächer mit dem Handrade so lange reguliert, bis Schrot von der gewünschten Feinheit in den Kästen fällt. Aus diesem wird es durch eine seitlich mit Schieber verschließbare Oeffnung entfernt.

Leistung. 100 kg Roggen wurden zu Schwarzbrottschrot in einer Stunde und 14,3 Minuten gemahlen bei 700 Umdrehungen der Mahlfächer und einer Leistung des Motors von 1,52 PS.

14,3 an Elektrizität verbraucht und 80,82 kg Roggen zu Schrot vermahlen.

An Weizen wurden in der Stunde 76,8 kg mit 1,33 PS. geschrotet und der Gries viermal durchgemahlen. Dabei wurden schließlich erhalten 38,7 pZt. feines Backmehl, 53,1 pZt. Gries und 2 pZt. Kleie.

Hafer wurde zu einem nach dem Urteile von Professor Dr. Hansen für Fütterungszwecke geeigneten Schrot „sehr gut“ gemahlen bei einer Leistung von 78,9 kg in der Stunde von 1,68 PS. Die Temperatur erhöhte sich um rund 17,5 Grad, was 1,07 PS. für das eigentliche Mahlen ergibt.

Der Preis der Mühle beträgt M. 600. Bonn, im August 1910. Professor Dr. Gieseler, Geh. Regierungsrat.



### Der freie Tag!

Sieben Tage Arbeit in harter Fron,  
Sieben Tage in allen Wochen!  
Sieben Tage, und dafür ein farger Lohn!  
Wird endlich damit gebrochen?  
Braucht nicht der Bäcker den Ruhetag auch,  
Um Leib und Geist zu erlaben?  
Ist's nicht bei allen Menschen so Brauch?  
Wohlan, wir wollen ihn haben!  
Und mag auch kommen, was kommen mag,  
Wir wollen ihn haben, den freien Tag!

Mag auch die Innung sich sträuben noch mehr  
Und mag sie sich wehren und stemmen —  
Sie nenne es ruhig ein freches Begeh  
Und möge zetern und flemmen,  
Daß der Gesellen „Unbotmäßigkeit“  
Den Ruin des Handwerks bedeute,  
Wir lassen uns nicht für alle Zeit  
Ins Sklavenjoch spannen wie heute.  
Drum werden wir kämpfen Schlag um Schlag,  
Wir wollen ihn haben, den freien Tag!

Sechs Tage Arbeit und ein Tag frei,  
Das ist unser Ziel, unser Streben,  
Das sei die Parole im Kampfe auß  
Wir brauchen den Ruhtag zum Leben!  
Sechs Tage Arbeit, genug der Qual!  
Ihr Meister, habt ihr's vernommen?  
Der siebte sei unser, auf daß einmal  
Unser Recht wir endlich bekommen.  
Wir müssen brechen die ew'ge Schmach,  
Und wollen ihn haben, den freien Tag!! W. L.



### Literarisches.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund. Vom Verlag des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes (Alexander Kaiser, Berlin NO. 18) ist soeben eine Materialsammlung des Bundesvorstandes herausgegeben worden, die Beachtung verdient.

Ganz in der Stille hat sich die Zentralorganisation der Arbeitergesangvereine zu einem Kulturfaktor entwickelt, dessen soziale und wirtschaftliche Bedeutung groß ist. Eine spontane Massenbewegung, eine Volksbewegung wie nur eine; daher die elementare Kraft, die sich in den folgenden Zahlen äußert: 1892: Gründung der Zentralorganisation; 1894: 19 322 Mitglieder; 1896: 23 466 Mitglieder; 1898: 28 810 Mitglieder; 1901: 39 717 Mitglieder; 1904: 62 274 Mitglieder; 1907: 93 000 Mitglieder; 1911: 148 000 Mitglieder.

Das erste musikwissenschaftliche Flugblatt der Organisation erschien 1899 in einer Auflage von 6000. Seit dem Juni des Jahres 1907 erscheint es in vergrößertem Format unter dem Titel „Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung“, und seine Auflage war im Juni 1908 auf 65 000 Exemplare gestiegen. Heute hat die „Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung“ eine Auflage von 88 000 Exemplaren.

Der erste Teil des Büchleins „Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund“ gibt einen zusammenfassenden Ueberblick über die Entstehung und Entwicklung der Arbeitersängerbewegung überhaupt bis zum Deutschen Arbeiter-Sängerbund. Der zweite Teil behandelt in gebräugter Form, hier und da durch Wiedergabe statistischen Materials, die Entwicklung der einzelnen Gauen des Bundes. Wo interessantes Material zur Verfügung stand, ist der historische Werdegang älterer Gesangvereine zu skizzieren versucht worden.

Der Preis des Buches (105 Seiten) ist auf 75 s festgesetzt. Die Anschaffung desselben für die Handbibliotheken der Redaktionen ist zu empfehlen; der Inhalt wird jeden Parteigenossen, auch den, der nicht Sangesgenosse ist, interessieren. Ganz besonders können wir auch unsern fangesfrohen Kollegen den Bezug empfehlen.

### Zur Beachtung!

Für Nummer 16 tritt des zweiten Osterfeiertags halber bereits Sonnabend den 15. April, Redaktionschluß ein.  
Die Redaktion

### Anzeigen.

Karl Koch, Bäcker aus Wimpfen, wo steht Du! Um Deine Adresse bittet Dein Bruder. Die örtlichen Verwaltungen bitte ich, denselben darauf aufmerksam zu machen resp. mit seinem Aufenthalt mitzuteilen. Auslagen werden zurückvergütet. [M. 2,50] Eugen Koch, Zigarrenmacher, Wimpfen.

In großem Kirchdorfe Angeln ist

### Haus mit Grundstück,

vorzüglich geeignet zur Einrichtung einer Bäckerei, unter günstigen Bedingungen zu kaufen. Offerten erbeien unter S 300 an das Annoncen-Bureau von Heiner Lensch jr., Flensburg. [M. 6]

In der besten Geschäftslage Husums ist in einem Neubau ein

### Laden mit Wohnung

zum 1. Oktober in Miete zu haben, vorzüglich für die Einrichtung einer Bäckerei, Konditorei nebst Café geeignet. Das Gewese ist auch zu kaufen und könnte der Neubau jetzt noch nach Wunsch des Käufers resp. Mieters eingerichtet werden. [M. 6] R. F. Bischoff, Husum.



### Ia nagelfreie Hanfschuhe,

leicht, dauerhaft, billig. 24 bis 32 cm. Probepaar gegen Einsendung von M. 1,35. Bei 10 Paar à 80 s geg. Nachnahme.

Emil Götsch, Pantoffelfabrik, Braunschweig 10. Preisliste von Schuhwaren usw., 200 Artikel, gratis.

**Bäcker und Konditoren**  
kaufen ihre Kleidung am besten und billigsten in dem grössten Spezial-Geschäft für **Berufs-Kleidung**  
**Kohnen & Jöring, Berlin**  
Hauptgeschäft und Versand: Alexanderstr. 12  
Verlangen Sie freie Zusendung unserer Preisliste

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen bedien ihren Bedarf am besten bei **Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.**

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei **Hans Dersuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.**

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen. (Wo nichts Besonderes bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

**Sonntag, 16. April:**  
Erfurt: 3 Uhr, „Zum König von Preußen“, Futterstr. 9.  
Gelsenkirchen: 2 Uhr im Volkshaus, Kaiserstr. 65.  
Görlitz: 3 Uhr, „Zum goldenen Kreuz“, Langenstr. 37.  
Landshut: Im „Hofbräu“, Neustadt 444.  
London: 2 Uhr im C. A. D. B., 107 Charlotte Street, W. 1. Et.  
Münster: Im Gasthof „Zur Pfalz“, Bellesweiler Straße 38.  
Oldenburg: 4 Uhr bei Schuhmacher, Kurbitzstraße 28.  
Weisensefeld: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Merseburger Straße 16.

**Dienstag, 18. April:**  
Zwickau: Im „Brauereischloßchen“.

**Mittwoch, 19. April:**  
Apolda: Im Gewerkschaftshaus.  
Samburg-Altona (Seefahrer): 8 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberstraße 15.  
Leipzig (Bäcker): 4 Uhr im Volkshaus, Zeiger Straße 32.  
Thale a. S.: „Zum Reichstanger“, Hüttenschäufel.  
Wolfenbüttel: 8½ Uhr, „Zum blauen Engel“, Fischerstr. 17.

**Freitag, 21. April:**  
Braunschweig (Konditoren): 8½ Uhr im „Fürstehof“, Stobenstraße.

**Sonnabend, 22. April:**  
Stettin (Konditoren und Tagbäcker): Bei A. Kiptow, König-Albert-Strasse 43.

**Sonntag, 23. April:**  
Stadthagen: 4 Uhr bei Webberhahn, Echtenstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Bienenbinderhof 57. — Verlag von O. Ullmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.